Ernst Schubert

Vom Gebot zur Landesordnung Der Wandel fürstlicher Herrschaft vom 15. zum 16. Jahrhundert

1526 soll einem Bayreuther Adeligen bei dem Erlaß einer neuen Waldordnung der Stoßseufzer entfahren sein: „Ach du lieber Gott ! / Wie vil neue Gebot ? / Laßt es in Güte walten, / wer kann sie alle halten.“¹ Ein subjektiver Kommentar zum neuen Herrschaftsstil des 16. Jahrhunderts; „neue gebote“ stehen für fragwürdige Gegenwart, „Güte“ hingegen für das Bewährte, das Althergebrachte. Nur Verklärung der Vergangenheit? Der prononcierte Gegensatz enthält: Nicht um allgemeine Regeln sei es früher gegangen, sondern um den Einzelfall², um den gütlichen Konfliktausgleich bei Streitigkeiten durch den gerechten Fürsten. Es handelt sich allen negativen Erfahrungen zum Trotz um eine im Mittelalter konsensfähige Auffassung³, die gleichermaßen durch die Vorstellungen von der „*clementia principis*“, denen der „*aequitas*“ sowie nicht zuletzt von denen des Gnadenrechts geprägt war: „Beim Recht soll Gnade sein.“⁴

¹ *Karl Heinrich Lang*, Neuere Geschichte des Fürstenthums Baireuth, Theil 1 (1486–1557) (Göttingen 1798) 167.

² Konfliktlösung im Einzelfall: Die Herrschaftspraxis kennt noch im 15. Jahrhundert sowohl den reisenden Fürsten als auch die von ihm eingesetzte Kommission. Verhandelt und entschieden wird jeweils vor Ort. Anschauliche Beispiele: *Johannes Merz*, Fürst und Herrschaft. Der Herzog von Franken und seine Nachbarn 1470–1519 (München 2000) 104 ff., 114 f., 132 f. Eine instruktive Quelle aus der Sicht eines seine Herrschaft bereisenden Fürsten, der vor Ort sogar bei den Hintersassen Auskünfte über seine Amtleute einholt: *Bernd Fuhrmann*, *Kurt Weissen*, Einblicke in die Herrschaftspraxis eines Fürsten im 15. Jahrhundert. Das persönliche Notizheft des Basler Bischofs Friedrich zu Rhein 1441/42–1445, in: ZGORh 145 (1997) 159–202.

³ Daß diese Auffassung durchaus auch von den Herrschern selbst geteilt werden konnte, belegt das Testament Herzog Wilhelms von Jülich-Berg von 1511 mit der Bestimmung, „dat man eyn vlislich upseyn sall haben ... dat nemans van huysluyden an schaezt ind deynst boeven sin vermoeogen besweyrt werde“. *Wilhelm Janssen*, Kleve – Mark – Jülich – Berg – Ravensberg 1400–1600, in: Land im Mittelpunkt der Mächte. Die Herzogtümer Jülich, Kleve, Berg (Kleve 31985) 20. Im gleichen Sinne formulierte 1436 der totkranke Pfalzgraf Ludwig III: „wand nit czimlichers ist einem fürsten dann siner undertanen und getruwen bestes zu schaffen“. *Christoph von Brandenstein*, Urkundenwesen und Kanzlei, Rat und Regierungssystem des Pfälzer Kurfürsten Ludwig III. (1410–1436) (Göttingen 1983) 49.

⁴ *Ernst Schubert*, König und Reich. Studien zur spätmittelalterlichen deutschen Verfassungs-

Der zitierte Stoßseufzer mahnt, auch den Wandel der Herrschaftsstile als Gegenstand der Verfassungsgeschichte zu berücksichtigen. Dabei stoßen wir aber unvermittelt auf eine Schwierigkeit in dem Verständnis von „Gebot“. Der Bayreuther Adelige versteht darunter „Gesetz“. Das aber war keineswegs der ursprüngliche Wortsinn⁵. Damit deutet sich die längst bekannte Schwierigkeit an: Der gleiche Begriff kann zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Inhalte haben. Und das betrifft, was uns noch Kopfzerbrechen bereiten wird, vor allem den Gebrauch von „Land“. Es könnte sein, daß dieses Wort im Mittelalter, als nicht von „Deutschland“, sondern von „deutschen Landen“ gesprochen wurde, etwas anderes bezeichnete, als in der frühen Neuzeit, in der Landesordnungen (ebenso wie die mit ihnen verwandten Policeyordnungen) von einem Landesvater verantwortet wurden.

Wollen wir die Geschichte der Landesordnungen nicht einfach als Teil einer Geschichte der Gesetzgebung verstehen, sondern sie in den Wandel fürstlicher Herrschaft einordnen, so müssen wir ein Begriffsknäuel aufknoten. Vorab seien die einzelnen Stränge benannt, die beim Anblick des Knäuels zwar zu erkennen, jedoch zunächst noch nicht zu entwirren sind. Fragen also: Warum können territoriale Gesetze „Landesordnungen“ heißen, obwohl Land und fürstliche Herrschaft nicht deckungsgleich sind? Sodann: Wie ordnen sich die spätmittelalterlichen Landesordnungen in die Geschichte der Gesetzgebung im 16. Jahrhundert ein⁶? Wir können uns schließlich nicht auf die bequeme Begriffslösung „Vorläufer“ einlassen, wenn wir behaupten, daß nicht aus einer teleologisch wirkenden Notwendigkeit der Gesetzgebung Landes- und Policeyordnungen entstanden sind, sondern Konsequenzen des Wandels von der spätmittelalterlichen Herrschaft zum Fürstenstaat darstellen. Mit diesem – hier zunächst nur als These vorgestellten – Ansatz verbindet sich aber eine weitere Frage: Ist die Umgestaltung der fürstlichen Herrschaft zur frühen Staatlichkeit nicht auch Folge eines kulturellen Prozesses, ist (um die Frage zuzuspitzen) nicht das Papier für die neue Gesetzgebung ebenso wichtig wie der Sachverstand von gelehrten Juristen? Und schließlich wird es nicht geringe Schwierigkeiten bereiten, aus unserem Problemknäuel den Strang herauszulösen, der sich aus dem Wandel des Reichs ergibt, das um 1500 von einem überstaatlichen Begriff zu einer ständisch und monarchisch gleichermaßen verantworteten Leistungsgemeinschaft geworden ist⁷.

geschichte (VeröffMPiG 63, Göttingen 1979) 123 und 126. Eindrücklich zum Gnadenrecht von Kaiser und Fürsten: *Peter Schuster*, Eine Stadt vor Gericht. Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz (Paderborn 2000) 273–310.

⁵ Zum Begriffswandel vgl. neben den Belegen im Deutschen Rechtswörterbuch (künftig: DtRWb) Bd. 3 (Weimar 1935–1938) Sp. 1255–1267, vor allem *Dietmar Willoweit*, Gebot und Verbot im Spätmittelalter – vornehmlich nach südhessischen und mainfränkischen Weistümern, in: *HessJbLdG* 30 (1980) 94–130.

⁶ *Peter Moraw*, Über Landesordnungen im deutschen Spätmittelalter, in: *Heinz Duchhardt, Gert Melville* (Hrsg.), Im Spannungsfeld von Recht und Ritual. Soziale Kommunikation in Mittelalter und Früher Neuzeit (Norm und Struktur 7, Köln, Weimar, Wien 1997) 187–201.

⁷ *Schubert*, König (wie Anm. 4) 253 f.

Nach Entwirrung des Problemknäuels wird erstaunlicherweise kein Strang übrig bleiben, der mit dem Etikett „Konfessionalisierung“ katalogisiert werden könnte⁸. Zwar kann der eine oder andere Artikel in einer Landes- bzw. Policeyordnung in diesem Sinne zu interpretieren sein, aber fremd bleibt den allgemeinen Gesetzen des 16. Jahrhunderts eine Instrumentalisierung, wie sie für die verspätete Gegenreformation des ausgehenden 17. Jahrhunderts im Berchtesgadener Land nachgewiesen werden konnte⁹. Und noch ein anderer Strang, der in dem Problemknäuel vermutet wurde, hat sich nicht finden lassen: die sogenannte territorialstaatliche Wirtschaftspolitik. Die häufig begegnende Unterstellung, deutsche Fürsten hätten bereits vor dem 18. Jahrhundert eine solche Politik betrieben, ist anachronistisch¹⁰.

1. Spätmittelalterliche Gesetze als Voraussetzungen frühneuzeitlicher Landesordnungen?

Der Ausdruck „Landesordnung“, nach dem Deutschen Rechtswörterbuch am frühesten zu den Jahren 1489, 1495 und 1499 belegt¹¹, ist nicht nur wegen der Adaptierung des Begriffs „Land“ aufschlußreich, sondern auch wegen der „Ordnung“¹². Wie Wilhelm Janssen, süddeutschen Untersuchungen das niederrheini-

⁸ Aus der reichen Literatur sei wegen der einläßlichen Berücksichtigung verfassungsgeschichtlicher Strukturen ausgewählt: *Heinrich Richard Schmidt*, Konfessionalisierung im 16. Jahrhundert (EdG 12, München 1992). Vgl. *Michael Stolleis*, „Konfessionalisierung“ oder „Säkularisierung“ bei der Entstehung des frühmodernen Staates, in: *Ius Commune* 20 (1993) 1–23. Zur Forschungsdiskussion vgl. *Wolfgang Reinhard*, Sozialdisziplinierung – Konfessionalisierung – Modernisierung. Ein historiographischer Diskurs, in: *Nada Boškowska Leimgruber* (Hrsg.), Die Frühe Neuzeit in der Geschichtswissenschaft (Paderborn, München, Wien, Zürich 1997) 39–56.

⁹ *Peter Kissling*, „Gute Policey“ und Konfessionalisierung im Berchtesgadener Land, in: *Karl Härter* (Hrsg.), Policey und frühneuzeitliche Gesellschaft (*Ius Commune*. Sonderheft 129, Frankfurt am Main 2000) 71–106.

¹⁰ Weder die spätmittelalterliche fürstliche Herrschaft noch ihre Umformung in ein Territorium bildeten eigene Wirtschaftsgebiete, was bereits durch unterschiedliche Maße und Gewichte, durch unterschiedliche Münzen verwehrt wird. *Ernst Schubert*, Fürstliche Herrschaft und Territorium im späten Mittelalter (EdG 35, München 1996) 14 f., 88 f. – Das schlagendste Argument gegen die Vorstellung von einer das Territorium umfassenden Wirtschaftspolitik bilden die Hungersnöte. Selbst in den niederrheinischen Herrschaften, die auf dem Weg zur Staatlichkeit am weitesten in den deutschen Landen des Spätmittelalters fortgeschritten waren, gelang es nicht, in Notzeiten einen Ausgleich zwischen Überschuß- und Mangelregionen herbeizuführen. „Von einer Territorialwirtschaft ... konnte damals auch nicht annähernd die Rede sein.“ *Janssen*, Land (wie Anm. 3) 19.

¹¹ DrRWb Bd. 8 (Weimar 1984–1991) Sp. 531.

¹² Vgl. zu diesem Begriff: *Hans Schlosser*, Rechtsgewalt und Rechtsbildung im ausgehenden Mittelalter, in: ZRG germ 100 (1983) 9–74, hier: 14 f.; *Willoweit*, Gebot (wie Anm. 5) 129; *Wilhelm Janssen*, „... na gesetze unser lande ...“. Zur territorialen Gesetzgebung im späten Mittelalter, in: Gesetzgebung als Faktor der Staatsentwicklung (Berlin 1984) 7–40, hier: 17 f.; *Wilhelm Brauneder*, Frühneuzeitliche Gesetzgebung: Einzelaktion oder Wahrung einer Gesamtrechtsordnung, in: *Barbara Dölemeyer*, *Diethelm Klippel* (Hrsg.), Gesetz und Gesetzgebung

sche Pendant zur Seite stellend, darlegte, hängen „recht“, „gewoende“ auf der einen Seite und „ordnung“ bzw. „satinge“ auf der anderen, der legislatorischen Seite, nicht zusammen¹³.

Freigebig war die ältere Forschung mit der Vergabe des Etiketts „Landesordnung“ für spätmittelalterliche Gebote oder Landrechtskodifizierungen¹⁴. Wir folgen hingegen Armin Wolf¹⁵ und Dietmar Willoweit, daß sich erstmals 1446 in Thüringen „eine neue Qualität landesherrlicher Gesetzgebung“ erweist¹⁶. Zeitlich deckt sich das mit der älteren Erkenntnis von Heinz Lieberich: „In Baiern kann von einem Machen von Gesetzen im moderneren Sinne nachweislich erst in den 40er Jahren des 15. Jahrhunderts gesprochen werden.“¹⁷ Aber auch Lieberich sieht, daß erst die große niederbayerische Rechtskodifikation von 1474 produktiv für die späteren Ordnungen des 16. Jahrhunderts geworden ist¹⁸. Dem entspricht

im Europa der Frühen Neuzeit (ZHF Beiheft 22, Berlin 1998) 109–139, hier: 121. Vgl. die treffende Definition bei *Heinz Lieberich*, Die Anfänge der Polizeiordnung des Herzogtums Baiern, in: Festschrift für Max Spindler zum 75. Geburtstag (München 1969) 307–378, hier: 324: „Der Begriff ‚Ordnung‘ findet vorzüglich dann Verwendung, wenn eine bestimmte Materie in umfassender Weise geregelt wird.“ – Die Badische Landesordnung von 1495 bezeichnet sich selbst nur als „ordnung“. *Rudolf Carlebach*, Badische Rechtsgeschichte. I. Das ausgehende Mittelalter und die Rezeption des römischen Rechts unter Mitteilung der wichtigsten bisher ungedruckten Landesordnungen (Landrechte) (Heidelberg 1906) 93–118, hier: 93.

¹³ *Janssen*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) bes. 14.

¹⁴ Die Tiroler Ordnung von 1352, die lediglich die Arbeitsverhältnisse auf dem Land regeln wollte, wurde oft als Landesordnung bezeichnet, so zuletzt noch von *Werner Köfler*, Land – Landschaft – Landtag. Geschichte der Tiroler Landtage von den Anfängen bis zur Aufhebung der landständischen Verfassung 1808 (Innsbruck 1985) 41. Von dieser Auffassung distanzierte sich bereits, vorsichtig von einer „sachlich beschränkten Landesordnung“ sprechend: *Peter Blicke*, Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des Gemeinen Mannes in Oberdeutschland (München 1973) 191. Fraglich wurde der Ausdruck „Landesordnung“ für das Tiroler Gebot dann für *Willoweit*, Gesetzgebung (wie Anm. 16) 136. Vgl. *Moraw*, Landesordnungen (wie Anm. 6) 151. – Die Satzung von 1352 halten wir ebenso für Gebote wie die späteren angeblichen Landesordnungen von 1404 und 1420 (vgl. *Köfler*, 46 f. bzw. *Blicke*, 193). – Den Kriterien einer Landesordnung entspricht in Tirol allenfalls erst die Satzung von 1474, die von ständischen Gravamina ausgehend neben grundherrschaftlichen Problemen auch Fragen der Gerichtsbarkeit regelt. Vgl. *Blicke*, 193 ff.

¹⁵ *Armin Wolf*, Die Gesetzgebung der entstehenden Territorialstaaten, in: *Helmut Coing* (Hrsg.), Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, Bd. 1 (München 1973) 517–800, hier: 602. Vgl. *Wilhelm Brauner*, Art. Landesordnung, in: HRG Bd. 2, Sp. 1405–1408.

¹⁶ *Dietmar Willoweit*, Gesetzgebung und Recht im Übergang vom Spätmittelalter zum frühneuzeitlichen Obrigkeitsstaat, in: *Okko Behrends, Christoph Link* (Hrsg.), Zum römischen und neuzeitlichen Gesetzesbegriff (AbhAkdWissGöttingen phil.-hist. Kl. Dritte Folge 157, Göttingen 1987) 123–149, hier: 139. Inhaltsbestimmung dieser Ordnung: *Gregor Richter*, Die ernestinischen Landesordnungen und ihre Vorläufer von 1446 und 1482 (Mittelalt.-Forsch 34, Köln 1964) 12 ff.

¹⁷ *Lieberich*, Anfänge (wie Anm. 12) 308.

¹⁸ Ebd. 332. Vgl. *Klaus Peter Follak*, Die Bedeutung der „Landshuter Landesordnung“ von 1474 für die niederbayerische Gerichtsorganisation (MiscBavMonacensia 74, München 1994); *Beatrix Ettelt-Schönwald*, Kanzlei, Rat und Regierung Herzog Ludwigs des Reichen von Bayern-Landshut (1450–1479) 2 Bde. (SchrRbayerLdG 97 I/II, München 1996) Bd. 1, 284 ff.

die Erkenntnis Willoweits, daß erst im zweiten Drittel des 15. Jahrhunderts die Zeit beginnt, in der die „polizeilich motivierten“ Gebote „zum Zwecke einer guten Landes-Ordnung zusammengefaßt werden“¹⁹. Hinter dieser Aussage stehen aber nur folgende Ordnungen nach der sächsisch-thüringischen von 1446: Niederbayern 1474, Sachsen 1482, Baden 1495, Württemberg 1495, Hessen 1497 und 1500²⁰.

Kein Fürst in deutschen Landen ging im deutschen Spätmittelalter so weit wie um 1263/1264 Peter II. von Savoyen, der unter Mitwirkung gelehrter Juristen „statuta“ für sein Land erlassen hatte²¹. Diese blieben im Gegensatz zu den „statuta Sabaudiensia“ (1435) seines Nachfahren Amadeus VIII. im Reiche unbeachtet. Großes Aufsehen erregte das Gesetzbuch des späteren savoyischen Konzilspapstes²². Der beeindruckende Versuch einer Rechtsvereinheitlichung erfüllte den Anspruch jener Konzilsväter, die nicht nur die Kirche, sondern mit dieser auch die Welt reformieren wollten. Jedoch läßt sich in keinem Fall ein Anstoß der Konzilsdiskussionen für die Landesgesetzgebung der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts nachweisen; vielmehr bildeten neben den noch zu behandelnden ständischen Gravamina Neuorientierungen innerhalb des Fürstentums die Anlässe. Eine Neuregelung der Herrschaftsverhältnisse hatte im Jahre 1446 die thüringisch-sächsische Landesordnung herbeigeführt, und in Württemberg hielt man 1495, wenige Wochen nach der Erhebung der Grafschaft zum Herzogtum, eine Landesordnung für unerlässlich²³.

In den frühen Landesordnungen ist lediglich ein kleiner Kern von Bestimmungen zu erkennen, in dem bereits enthalten ist, was später – etwa seit 1500 – unter den Begriff der „guten Policey“ fällt²⁴: Spielverbote, Ausfuhrbeschränkungen²⁵, einheitliches Biermaß²⁶ – das berühmte sogenannte bayerische Reinheitsgebot steht in dieser Traditionslinie: kein „Reinheitsgebot“, sondern eine Höchstpreis-Verordnung –, Kleiderordnungen²⁷ und vor allem Festlegung von Höchstlöhnen für Gesinde und Tagelöhner²⁸.

¹⁹ Willoweit, Gesetzgebung (wie Anm. 16) 139. Im gleichen Sinne: *Lieberich*, Anfänge (wie Anm. 12) 334.

²⁰ *Moraw*, Landesordnungen (wie Anm. 6) 191.

²¹ *Guido Castelnovo*, Regionale Fürstentümer und territoriale Organisation in den Westalpen: Savoyen (frühes 13. bis frühes 15. Jahrhundert), in: *Giorgio Chittolini, Dietmar Willoweit* (Hrsg.), Hochmittelalterliche Territorialstrukturen in Deutschland und Italien (SchrItalienisch-DeutschenHistInstTrient 8, Berlin 1996) 61–70, hier: 61 f.; *Ernst Tresp*, Auf dem Weg in die Moderne: Peter II. von Savoyen und die Anfänge von Territorialstaatlichkeit im 13. Jahrhundert, in: ZHF 25 (1998) 480–507, hier: 502.

²² *Hermann Heimpel*, Die Vener von Gmünd und Straßburg 1162–1447. 3 Bde. (VeröffMPiG 52, Göttingen 1983) Bd. 2, 692–695.

²³ *Wolf*, Gesetzgebung (wie Anm. 15) 601.

²⁴ Vgl. *Janssen*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 34–37.

²⁵ *Willoweit*, Gebot (wie Anm. 5) 129.

²⁶ So schon Kleve 1451: *Janssen*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 17 f.

²⁷ Was in den städtischen Statuten längst üblich ist, findet sich in der fürstlichen Gesetzgebung erstmals in Sachsen 1446: *Richter*, Landesordnungen (wie Anm. 16) 35.

²⁸ *Richter*, Landesordnungen (wie Anm. 16) 42–45 und 65. – Auch späterhin können Dienst-

Nicht allein in ihren Inhalten entsprechen die frühen sogenannten Landesordnungen der mittelalterlichen Grundregel von der nicht zu vereinheitlichenden Vielfalt, sondern auch in ihrer Wirkungsgeschichte. Die Landesordnung des Hochmeisters Friedrich von Sachsen vom Jahre 1503 ist im Ordensstaat unbekannt geblieben, niemand nimmt späterhin, so intensiv auch seit 1526 entsprechende Beratungen geführt wurden, auf sie Bezug²⁹. Hingegen ist die niederbayrische Landesordnung von 1474 so gut überliefert³⁰, daß von einer weiten Verbreitung ausgegangen werden kann. Es verwundert deshalb nicht, daß diese Ordnung auf spätere Landgebote eingewirkt hat.

Im wesentlichen verklammern nur Gesinde-, Dienstboten- und Lohnregelungen die Gebote des 15. mit den allgemeinen Gesetzen des 16. Jahrhunderts³¹. Was zu diesem Gegenstand die Reichspolizeiordnungen von 1530 und 1548 den Obrigkeiten vorschreiben³², war bereits ein Thema der Tiroler Gebote von 1352³³ und der thüringischen Gesetzgebung 1446 gewesen³⁴, ein Thema, das in der frühen Neuzeit immer wieder aufgegriffen wurde³⁵. Es gehört in Bayern seit dem Landgebot von 1501³⁶ ebenso zu den Paragraphen der allgemeinen Gesetzgebung³⁷ wie in schlesischen Fürstentümern³⁸. Im Herzogtum Preußen bilden Gesindeordnungen, auf die vor allem die Ritterschaft gedrängt hatte³⁹, von Anfang an die konsensfähigen Regelungen der Landesordnungen⁴⁰.

Regelungen des Arbeitsmarktes für Gesinde und Tagelöhner verklammern nicht nur die Landesgesetzgebung des 15. mit der des 16. Jahrhunderts, sie verklammern in der frühen Neuzeit auch die Gesetzgebung größerer und kleinerer

botenordnungen die Umbrüche der Zeiten überdauern. Im Hannoverschen wurde 1843 die Calenbergische Dienstbotenordnung von 1732 revidiert. Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover Dep. 7 Nr. 2016.

²⁹ Thomas Berg, Landesordnungen in Preußen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert (EinzelschrrHistKommOstWestpreußLdForsch 17, Lüneburg 1998) 33.

³⁰ Ettelt-Schönwald, Kanzlei (wie Anm. 18) 286 ff.

³¹ Vgl. Gustav Klemens Schmelzeisen, Polizeiordnungen und Privatrecht (Forschungen zur neueren Privatrechtsgeschichte 3, Münster 1955) 381 ff.; Matthias Weber, Die schlesischen Polizei- und Landesordnungen der Frühen Neuzeit (Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, Köln u. a. 1996) 291 ff.

³² Vgl. Hans Platzer, Geschichte der ländlichen Arbeitsverhältnisse in Bayern (Altbayerische Forschungen 2/3, München 1904) 88 ff.

³³ Willoweit, Gesetzgebung (wie Anm. 16) 136.

³⁴ Richter, Landesordnungen (wie Anm. 16) 43 f.

³⁵ Ebd. 64 f., 69, 98.

³⁶ Platzer, Geschichte (wie Anm. 32) 78 f.

³⁷ Ebd. 6 f.; Lieberich, Anfänge (wie Anm. 12) 348 f., 365.

³⁸ Weber, Polizei- und Landesordnungen (wie Anm. 31) 93 ff.

³⁹ Vgl. für Bayern Platzer, Geschichte (wie Anm. 32) 10 ff., 68 ff.; für das Herzogtum Preußen Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 83, 85. – Es war eine ständische Forderung, wenn 1499 auf dem Naumburger Landtag Bestimmungen über das Dingen der Dienstboten getroffen werden. Carl August Hugo Burkhard (Hrsg.), Ernestinische Landtagsakten Bd. 1 (THüringGQ 4, Jena 1902) 46 Nr. 70.

⁴⁰ Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 33 f. Vgl. ebd. 139 ff. zu den Gesindeordnungen von 1606, 1632 und 1633.

Herrschaften. So findet sich eine Gesindeordnung in der Landesordnung der waldenburgischen Grafschaft Friedberg-Scheer eingelagert⁴¹. Jetzt sind wir in der Lage, den Begriff des Untertanen, von dem die Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts ausgeht, genauer zu erkennen. Dieser Begriff umfaßt keineswegs alle Einwohner eines Gebietes, sondern nur die steuerzahlenden Hausväter.

Auch wenn die Vorläufer der Landesordnungen im zweiten Drittel des 15. Jahrhunderts – übrigens in zeitgleicher Kohärenz mit dem Bürokratisierungsschub innerhalb des Fürstentums⁴² – namhaft zu machen sind, gilt festzuhalten: Bis in das frühe 16. Jahrhundert hinein bleibt die Landesgesetzgebung in Umfang und Wirkung bescheiden⁴³. Ihre Bedeutung liegt in ihrer Zielsetzung für einen noch weiten Weg, der zu einem Staatsgebiet und zur Transpersonalität des Herrschens führt⁴⁴. Die Zeitgenossen verstehen noch im 15. Jahrhundert die Rechtswahrung als erste Fürstenpflicht, aber eine Recht schaffende Gesetzgebung bleibt ihnen fremd⁴⁵. Wenn die *Reformatio Sigismundi* „dye gesetze und recht“ als zusammengehörig ansehen kann⁴⁶, so deshalb, weil ihr der neuzeitliche, an den Staat gebundene Gesetzesbegriff unbekannt ist, weil sie unter „Gesetz“ Ordensregeln, Zunftstatuten und Handwerksregeln versteht⁴⁷.

Auffallend ist, daß ein Begriff, der im späten Mittelalter synonym für „neues Statut“ stehen konnte, im 16. Jahrhundert fast verschwunden ist: „reformatio“. Der Begriff, der in der Verbindung von hergebrachtem Stadtrecht mit dem Römischen Recht besonders in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, zum Beispiel 1479 in der „Reformacion der statut und gesetze ... der Stat Nüremberg“ oder 1498 in „Der statt Wormbs Reformation“ produktiv wird⁴⁸, findet sich im 16. Jahrhundert nur noch ausnahmsweise, etwa in der „Reformacion der baye-rischen Landrechte“ 1518⁴⁹ oder in der kurkölnischen Rechtsreformation von

⁴¹ Robert Kretzschmar, Gesetzgebung in der waldenburgischen Grafschaft Friedberg-Scheer im 16. Jahrhundert, in: ZHohenzollerG 23 (1987) 9–52, hier: 42 f.

⁴² Ernst Schubert, Die Umformung spätmittelalterlicher Fürstenherrschaft im 16. Jahrhundert, in: RheinVjBll 63 (1999) 204–263, hier: 232 f.

⁴³ Dietmar Willoweit, Entwicklung und Verwaltung der spätmittelalterlichen Landesherrschaft, in: Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg Christoph von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ende des Reiches (Stuttgart 1983) 66–142, hier: 77.

⁴⁴ Diese Transpersonalität sehen wir erst dann gegeben, wenn zum Beispiel im 18. Jahrhundert in Kurköln die Zahl der vom Kurfürsten unterzeichneten Mandate kontinuierlich gegenüber den vom Hofrat erlassenen Verordnungen abnimmt. Karl Härter, Kurtrier, in: Härter, Stolleis, Repertorium (wie Anm. 51) 601–825, hier: 613.

⁴⁵ Janssen, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 19 und 31.

⁴⁶ Reformation Kaiser Siegmunds, ed. Heinrich Koller (MGH Staatsschriften des späteren Mittelalters 6, Stuttgart 1964) 242.

⁴⁷ Ebd. 221, 266 f., 292.

⁴⁸ Wolf, Gesetzgebung (wie Anm. 15) 611.

⁴⁹ Auszugsweiser Druck: Franz Beyerle, Quellen zur Neuen Privatrechtsgeschichte. I/2 (Landrechte des 16. Jahrhunderts, Weimar 1938) 1 ff. Vgl. Wolf, Gesetzgebung (wie Anm. 15) 601; Gottfried Schiemann, Usus modernus und Gesetzgebung, in: Dölemeyer, Klippel, Gesetz (wie Anm. 12) 157–170, hier: 161 f.

1538⁵⁰. Daß im Zeitalter der Reformation der gesetzgeberische Begriff der „Reformation“ sich verliert, gilt selbst für die Kirchenordnungen: Viel ist hier, von unserem einleitenden Zitat ausgehend, von Gesetz, wenig von Güte zu spüren. „Ordnung“ und nicht „reformatio“ wird im Zeitalter der Reformation zum Leitbegriff.

2. Ämterorganisation, Juristen, Kanzleien und Landstände: Die Umformung der spätmittelalterlichen Herrschaft als Voraussetzung für Landes- und Policeyordnungen

Es spricht wenig dafür, die territoriale Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts als Intensivierung der spätmittelalterlichen aufzufassen. Schon allein die Fülle der frühneuzeitlichen Policeyordnungen⁵¹ veranlaßt uns, die Voraussetzungen für die Legislatur des 16. Jahrhunderts in der Umformung der spätmittelalterlichen Fürstenherrschaft zu suchen. Die Ämterverfassung, die etwa um 1500 in den meisten Herrschaften zum Abschluß gelangte⁵², läßt es zu, für das im 16. Jahrhundert von einem Territorialstaat zu sprechen, was für das Mittelalter abzulehnen ist⁵³. Durch das in der Arbeit von etwa zwei Jahrhunderten über die fürstliche Herrschaft gespannte Ämternetz entstand nicht nur die Herrschaftsgrenze, es entstand auch eine Binnengliederung, auf die sich die frühneuzeitliche Gesetzgebung stützen konnte. Dabei hatte der Ämterbildung zunächst keineswegs eine entsprechende Intention zugrunde gelegen. Es ging ursprünglich um die Schaffung rechtlich erfaßbarer Herrschaftsbezirke, die verpfändet oder gar verkauft werden konnten⁵⁴. Und darin liegt eine weitere spätmittelalterliche Voraussetzung für den Erlaß von Landesordnungen, die auf einer Gebietsherrschaft aufbauten: die Überwindung

⁵⁰ Vgl. *Burkhard Chmurzinski*, Die Kurkölnische Rechtsreformation von 1538 (Diss. Köln 1988) 15 f.

⁵¹ *Michael Stolleis* (Hrsg.), *Policey im Europa der Frühen Neuzeit* (Ius Commune. Sonderheft 83, Frankfurt 1996); *Karl Härter, Michael Stolleis* (Hrsg.), *Repertorium der Policeyordnungen der frühen Neuzeit*. Bd. 1: Deutsches Reich und geistliche Kurfürstentümer (Kurmainz, Kurköln, Kurtrier) (Ius Commune. Sonderheft 84, Frankfurt 1996). Hier stellen *Härter, Stolleis* 1, einleitend die neuen gesetzgeberischen Formen heraus, die „seit der Wende zum 16. Jahrhundert – beeinflusst durch die Gesetzgebung des Heiligen Römischen Reichs – vorwiegend unter der Bezeichnung Policeyordnung oder Landesordnung firmierten“.

⁵² Vgl. *Schubert*, Umformung (wie Anm. 42) 211–226. – Für die Ämterbildung am Niederrhein grundlegend: *Wilhelm Janssen*, Territorialbildung und Territorialorganisation nieder-rheinisch – westfälischer Grafschaften bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, in: *Chittolini, Wil-loweit*, Territorialstrukturen (wie Anm. 21) 31–52, hier: 45 ff. – Für die Ämterbildung des Erzstifts Mainz: *Günter Christ*, Kräfte und Formen geistlicher Territorialbildung im Hoch- und Spätmittelalter (am Beispiel des Erzstifts Mainz), in: ebd. 173–202, hier: 189 ff.

⁵³ *Schubert*, Umformung (wie Anm. 42) 209 f. – Zur historiographischen Entwicklung des für das Mittelalter irreführenden Begriffs Territorialstaat: *Schubert*, Herrschaft (wie Anm. 10) 52 ff.

⁵⁴ *Schubert*, Umformung (wie Anm. 42) 223 f.

der im 14. Jahrhundert mit der Mobilisierung von Herrschaftsrechten einhergehenden Verpfändungspraxis⁵⁵.

Was ursprünglich gar nicht intendiert war, hat um 1500 fast alle deutschen Herrschaften gestaltet: Die fürstliche Herrschaft ist, räumlich gesehen, aus Ämtern zusammengesetzt⁵⁶. Bereits durch das im Verlauf des Spätmittelalters immer stärker ausgebildete Rechnungswesen⁵⁷ war die Stellung des adeligen Amtmanns, dem ein schrift- und rechtskundiger Kastner zur Seite gestellt wurde, geschwächt worden⁵⁸. Dieser Prozeß setzt sich im 16. Jahrhundert, nicht zuletzt unter dem Eindruck sich häufender fürstlicher Mandate fort, deren Durchsetzung ein Amtmann in seinem Sprengel zu verantworten hatte⁵⁹; neue Fähigkeiten werden von ihm erwartet. Die Zeit des bürgerlichen Amtmanns beginnt⁶⁰.

Ebenso nahe wie die Gestaltung der Infrastruktur des Fürstentums als Voraussetzung für die neue Form der frühneuzeitlichen Gesetzgebung liegt ein weiterer Entwicklungsstrang. Ein Gesetzgebungsstaat benötigt Juristen⁶¹. Zu einfach wäre es jedoch, eine schlichte Entwicklungslinie vom Gelehrten Rat des ausgehenden Mittelalters zur Juristenbank der frühen Neuzeit zu ziehen, in der sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts das Kollegium der Geheimen Räte vorbereitet⁶². Mit

⁵⁵ Ebd. 224.

⁵⁶ Vorzügliche Studien liegen neuerdings für Sachsen vor: *Uwe Schirmer*, Das Amt Grimma 1485–1548 (SchrRudolfKötzschkeGes 2, Leipzig 1996); *Brigitte Streich*, Das Amt Altenburg im 15. Jahrhundert (VeröffThüringStaatsarchiv 7, Weimar 2000).

⁵⁷ *Mark Mersiowsky*, Die Anfänge territorialer Rechnungslegung im deutschen Nordwesten (Residenzenforschung 9, Stuttgart 2000).

⁵⁸ *Schubert*, Umformung (wie Anm. 42) 220 ff. – Eine – was der Titel des Werkes nicht verrät – grundlegende Darstellung des spätmittelalterlichen Amtmanns im wettinischen Herrschaftsbereich bei *Streich*, Amt (wie Anm. 56) 26–76.

⁵⁹ Die bayerische Policeyordnung von 1533 droht den Amtleuten die Absetzung an, falls sie sich in der Durchführung als säumig erwiesen. *Siegfried Leutenbauer*, Das Delikt der Gotteslästerung in der bayerischen Gesetzgebung (ForschdtRG 14, Köln, Wien 1984) 60.

⁶⁰ Das erkannte bereits *Karlheinz Blaschke*, Zur Behördenkunde der kursächsischen Lokalverwaltung, in: *Archivar und Historiker*. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Otto Meisner. (Berlin 1965) 243–263, hier: 349. – Vgl. dazu demnächst die noch ungedruckte Göttinger Habilitationsschrift von *Thomas Klingebiel*, Ein Stand für sich? Lokale Amtsträger, Staatsbildung und ländliche Gesellschaft in den Territorien des Alten Reichs.

⁶¹ Vgl. für das 15. Jahrhundert: *Willoweit*, Gesetzgebung (wie Anm. 16). – Untersuchungen über die Verfasser der frühneuzeitlichen Landesordnungen stehen noch aus. Hinweise bei *Brauneder*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 116 mit Anm. 32 und vor allem *Berg*, Landesordnungen (wie Anm. 29) 43 ff. Bei der Entstehung der preußischen Landesordnungen von 1529 wird deutlich, daß mit der juristischen Kompetenz auch ein überregionaler Erfahrungsaustausch verbunden ist, gehörten doch die Franken Johann von Schwarzenberg, der Verfasser der Bambergensis, und Dr. jur. Friedrich Fischer (neben zwei Theologen) der entsprechenden herzoglichen Kommission an. Vgl. in diesem Zusammenhang: *Ulrike Ludwig*, Der Entstehungsprozeß der Reichspoliceyordnung auf dem Reichstag von Augsburg 1547/48, in: *Härter*, Policey (wie Anm. 9) 383–412.

⁶² *Kurt Dülfer*, Studien zur Organisation des fürstlichen Regierungssystems in der obersten Zentralsphäre im 17. und 18. Jahrhundert, in: *Archivar und Historiker* (wie Anm. 60) 237–253, hier: 237 f. Zur ernestinischen Hofratsordnung 1499: *Reinhardt Butz*, Die Stellung der wettinischen Hofräte nach Ausweis der Hofordnungen des ausgehenden Mittelalters, in: *Holger Kruse*, *Werner Paravicini* (Hrsg.), Höfe und Hofordnungen. 1200–1600 (Residenzen-

der Vermehrung der Zahl von Doktoren im fürstlichen Rat geht einher, was wir als „Domestizierung“ der Juristen benennen, die Bindung an die fürstliche domus. Mit einem einfachen Hinweis sei der Wandel angedeutet: Auf den Reichstagen des 15. Jahrhunderts spielen die juristisch ausgebildeten Gelehrten Räte jene entscheidende Rolle⁶³, die ihnen dann im 16. Jahrhundert nicht mehr zukommt.

Die einflußreichen Juristen des 15. Jahrhunderts vom Typ eines Gregor Heimbürg, eines Martin Mair gingen nacheinander verschiedene Dienstverhältnisse ein, und es war auch nicht ungewöhnlich, Aufträge, ja sogar feste Jahresrenten von anderen Fürsten entgegen zu nehmen. Die damit verbundenen Gefahren wurden durchaus gesehen, „denn es wird seldin erfarin, das der Herrschaft nutz dabey ist, wo ir geheymsten Rete geschenk nehmen“⁶⁴. Hundert Jahre später aber wird ein Fürst je nach Größe seiner Herrschaft mehrere promovierte Juristen in seinen Dienst nehmen⁶⁵ und ihnen neben regelmäßiger Besoldung als Ausdruck ihres auf Dauer angelegten Dienstverhältnisses Sommer- und Wintergewand stellen⁶⁶. Darin spiegelt sich sowohl Zuordnung zum Hof als auch Abhängigkeit vom Landesherrn. Die Naturaldeputate stammen aus den am Hof konzentrierten Abgaben der Ämter, und das vom Fürsten gestellte Hofgewand ist in Qualität und Zuschnitt nach Rängen gestaffelt, nach Rängen, die sich unabhängig vom Geburtsstand gemäß der Hierarchie am Hofe bemessen⁶⁷.

Der promovierte Jurist, im 15. Jahrhundert noch eine seltene Erscheinung in deutschen Landen⁶⁸, begegnet – Folge zahlreicher Universitätsgründungen im ausgehenden Mittelalter – wesentlich häufiger im 16. Jahrhundert; er heißt jetzt „mann und diener“ oder „Rat und Hofgesind“⁶⁹. Und das verstehen wir als „Domestizierung“: Die Bindung des gelehrten Rates auf Dauer an den Hof eines Für-

forschung 10, Sigmaringen 1999) 321–336, hier: 330ff. – In Hessen ist bereits im frühen 16. Jahrhundert der Hofrat als Kollegialbehörde im Entstehen. *Kersten Krüger*, Finanzstaat Hessen 1500–1567. Staatsbildung im Übergang vom Domänen- zum Steuerstaat (Marburg 1980) 52. Vgl. *Rainer A. Müller*, Der Fürstenhof in der Frühen Neuzeit (EdG 33, München 1995) 26f.; *Schubert*, Herrschaft (wie Anm. 10) 27f.

⁶³ *Bettina Koch*, Räte auf deutschen Reichsversammlungen. Zur Entwicklung der politischen Funktionselite im 15. Jahrhundert (EuropHochschulSchr III/832, Bern u. a. 1999).

⁶⁴ *Brigitte Streich*, Zwischen Reiseherrschaft und Residenzbildung: Der wettinische Hof im späten Mittelalter. (MitteldtForsch 101, Köln, Wien 1989) 174.

⁶⁵ Vgl. etwa *Thomas Simon*, *Markus Keller*, Kurköln, in: *Härter, Stolleis*, Repertorium (wie Anm. 51) 423–599, hier: 426; *Peter-Michael Hahn*, Struktur und Funktion des brandenburgischen Adels im 16. Jahrhundert (Historische und pädagogische Studien 9, Berlin 1979) 147f.

⁶⁶ Vgl. zum Beispiel: *Ernst Schubert*, Conrad Dinner. Ein Beispiel zur geistigen und sozialen Umwelt des Späthumanismus in Würzburg, in: *JbfränkLdForsch* 33 (1973) 213–238, hier: 220.

⁶⁷ Vgl. *Müller*, Fürstenhof (wie Anm. 62) 36.

⁶⁸ Um 1400 dürfte Job Vener der einzige promovierte deutsche Jurist gewesen sein. *Heimpel*, Vener (wie Anm. 22).

⁶⁹ *Hahn*, Struktur (wie Anm. 65) 148; *Walter G. Rödel*, Kurmainz: Residenzen und Hofordnungen, in: *Kruse, Paravicini*, Höfe (wie Anm. 62) 285–300, hier: 296. Vgl. für das Bayern der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts *Ettelt-Schönewald*, Kanzlei (wie Anm. 18) Bd. 1, 227ff., bes. 229.

sten und die Einbindung dieses Rates in ein Kollegium von Gleichqualifizierten. Die Unabhängigkeit, die noch ein Gregor Heimbürg lebte⁷⁰, vertrug sich nicht mehr mit der Einbindung in den fürstlichen Hofstaat. Ein Beispiel für den allmählichen Wandel: Während die Welfen noch Mitte des 15. Jahrhunderts an gelehrten Räten nicht interessiert waren (der ihnen verpflichtete promovierte Kanonist Balduin von Wenden wurde nie zu Ratsdiensten herangezogen⁷¹), mußten sie sich gegen Ausgang des 15. Jahrhunderts der Bestallung gelehrter Räte als einer Art Standesverpflichtung beugen⁷². Im 16. Jahrhundert wird sich auch in welfischen Landen das allgemeine Bild zeigen⁷³. Im fürstlichen Rat ist die „Bank der Gelehrten ... gegen 1550 in den größeren Ländern meist reichlicher besetzt als die der Ritter“⁷⁴.

Mag im fürstlichen Rat der juristische Sachverstand beim Entwerfen neuer Gesetze gefragt gewesen sein, so war doch deren Redaktion (um von den vorbereitenden Protokollen ganz zu schweigen) und nicht zuletzt ihre Expedition ohne die Kanzlei nicht denkbar⁷⁵. Man mag über den „Behördencharakter“ der spätmittelalterlichen Fürstenkanzlei streiten und auf die eigentümliche Stellung der Protonotare verweisen; der um 1500 allenthalben erkennbare Aufstieg des Kanzlers zum wichtigsten Mann der fürstlichen Verwaltung⁷⁶ – Konsequenz der Juridifizierung der Kanzlei⁷⁷ – belegt, daß die den Landesgesetzen zugrundeliegende „Verallgemeinerung des Rechts“ ohne den Aufstieg der Kanzlei nicht denkbar war. Und einer weiteren Entwicklung sei gedacht, die mit jener der Kanzlei einhergeht: Der gesetzgebende Fürst, der sich nicht mehr auf die im herkömmlichen Landrecht rechtskundigen Männer stützen will, braucht das Archiv. Was seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert im Entstehen war, betraf zunächst nur die Sicherung der Privilegien. Da aber die „Verallgemeinerung des Rechts“ von der Schriftlichkeit abhängig war, ist ein Archiv, in dem zum Beispiel die Reichsabschiede aufbe-

⁷⁰ Alfred Wendehorst, Gregor Heimbürg, in: Fränkische Lebensbilder 4 (Würzburg 1971) 112–129.

⁷¹ Bruno Krusch, Die Entwicklung der Herzogl. Braunschweigischen Centralbehörden, Canzlei, Hofgericht und Consistorium bis zum Jahre 1584, in: ZHVNdSachs (1893) 201–315, hier: 203.

⁷² Ebd. 230 ff.

⁷³ Vgl. Thomas Dehesselles, Policey, Handel und Kredit im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel in der Frühen Neuzeit (Frankfurt 1999) 35 zur Ausbildung der „Ratsstube“ in Braunschweig-Wolfenbüttel mit ihren gelehrten „Hofräten“, was sich in der Kanzleiordnung von 1548 spiegelt.

⁷⁴ Gerhard Schmoller, Einleitung. Ueber Behördenorganisation, Amtswesen und Beamten-tum im allgemeinen und speciell in Deutschland und Preußen bis zum Jahre 1713, in: Acta Borussica Bd. 1 (Berlin 1894) 15–143, hier: 59. – In Kurtrier gab es bei dem im 16. Jahrhundert gebildeten, aus 15 Räten bestehenden Ratsgremium eine Trennung, die bis ins 18. Jahrhundert beachtet wurde, in eine adelige und eine gelehrte Bank. Härter, Kurtrier (wie Anm. 44) 606.

⁷⁵ Vgl. die Versuche einer Forschungszusammenfassung bei Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 29 ff. und Schubert, Umformung (wie Anm. 42) 226 ff.

⁷⁶ Schubert, Umformung (wie Anm. 42) 230 f.

⁷⁷ Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 32.

wahrt werden können⁷⁸, eine der oft verkannten Voraussetzungen für den neuzeitlichen Gesetzgebungsstaat.

Die Policy- und Landesordnungen gehen von der Rechtsfigur der „einheitlichen normativen Kraft eines einzigen Gesetzgebers“ aus⁷⁹. Die Realität jedoch sah anders aus. Die ständische Mitwirkung war unerlässlich – und das nicht nur, weil die Stände sich seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert immer mehr als „Bürokratieersatz“, als unverzichtbar für die Verwaltung im Fürstentum erwiesen hatten⁸⁰.

Landesordnungen benötigen den Konsens der Stände; und mehr noch: Viele dieser Gesetze verdanken ständischem Willen ihr Entstehen. Schon in den Stufen zwischen Gebot und Landesgesetz ist dieser Sachverhalt unverkennbar. Ständische Gravamina veranlassen die auffallend zahlreichen allgemeinen Gebote in Tirol 1404, 1420, 1437, 1474⁸¹. Die sächsische Landesordnung von 1446, von fürstlichen Räten und einem ständischen Ausschuß formuliert, versteht sich als Einung, als Vertrag zwischen Ständen und Herzog⁸², und die folgende Ordnung von 1482 wird, den ständischen Druck auf diese Gesetzgebung verschleiern, als herzogliche Gewährung ständischer Bitten erklärt⁸³.

Bei den bayerischen Landgeboten kam eine Mitwirkung der Stände zwar vor, aber sie war keineswegs die Regel. Die großen Landes- bzw. Polizeiornungen von 1474, 1500 und 1501 sind jedoch auf Landtagen beraten und beschlossen worden⁸⁴. In der niederbayerischen Landesordnung von 1474 sind ständische Gravamina seit 1460, Gravamina, die insbesondere das Gerichtswesen betreffen, aufgenommen⁸⁵, und das Landgebot von 1501, weitgehend eine Erneuerung der Bestimmungen von 1474, wird auf Betreiben der Stände erlassen⁸⁶. Seit 1507 drängen die Stände der Oberpfalz auf eine Landesordnung, die schließlich 1526 zum Abschluß kommt⁸⁷.

⁷⁸ Vgl. die Abbildung eines Würzburger Archivschranks aus der Mitte des 16. Jahrhunderts mit der Lade „Anschlaeg Reichs“, in: *Wilhelm Engel*, Magister Lorenz Fries (1491–1550) (Mainfränkische Hefte 11, Volkach 1951) 41.

⁷⁹ *Wilhelm Brauneder*, Die Policygesetzgebung in den österreichischen Ländern des 16. Jahrhunderts. Derzeitiger Forschungsstand und Perspektiven, in: *Stolleis*, Policy (wie Anm. 51) 299–316, hier: 307.

⁸⁰ *Ernst Schubert*, Steuer, Streit und Stände. Die Ausbildung ständischer Repräsentation in niedersächsischen Territorien des 16. Jahrhunderts, in: *NdSächsJb* 63 (1991) 1–58, hier: 49ff. Vgl. *ders.*, Umformung (wie Anm. 42) 253 f. und 261 f.

⁸¹ *Otto Stolz*, Land und Landesfürst in Bayern und Tirol. Ein Beitrag zur Geschichte dieser Bezeichnungen und Begriffe in Deutschland, in: *ZBayerLdG* 13 (1942) 731; *ders.*, Geschichte des Landes Tirol. Bd. 1 (Innsbruck, Wien, München 1955) 167–170; *Blickle*, (wie Anm. 14) 190–196.

⁸² *Richter*, Landesordnungen (wie Anm. 16) 14 f.

⁸³ Ebd. 16.

⁸⁴ *Lieberich*, Anfänge (wie Anm. 12) 323 f., 325 ff.

⁸⁵ *Ettelt-Schönwald*, Kanzlei (wie Anm. 18) Bd. 1, 284 ff.

⁸⁶ *Leutenbauer*, Delikt (wie Anm. 59) 47 ff.

⁸⁷ *Klaus Köhle*, Landesherr und Landstände in der Oberpfalz von 1400 bis 1583 (*MiscBav-Monacensia* 16, München 1969) 60 f.

Selbst dort, wo – wie am Niederrhein – der Wille des Herrschers in den Landesordnungen herausgestellt wurde, waren diese in der Realität an die Zustimmung von Städten und Adel gebunden⁸⁸. Das war so selbstverständlich, daß fürstliche Befehlsdeklamation und ständischer Konsens nicht als Widerspruch empfunden werden konnten. So sollte sich eine Ordnung in Jülich-Berg 1478 als „ordinancie ind verdrach“ definieren⁸⁹. „Gesetz, gemecht und ordenunge“ haben im 15. Jahrhundert durchaus noch Vereinbarungsscharakter⁹⁰. Allenthalben ist, wie im Deutschordensstaat, zu beobachten, daß ständische Gravamina, Beschwerden von Adel, Städten oder Geistlichkeit, den Anstoß zu dieser neuen Gesetzgebung gegeben haben⁹¹.

Auf Belege aus der Frühzeit der Landesgesetzgebung haben wir uns beschränkt. Daß damit aber auch ein für die Folgezeit gültiges Prinzip beschrieben wurde, mag das Zeugnis eines Fürsten belegen. Der Rat der Stände, so betont Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel 1569, sei unerläßlich bei „Landesordnung und Policey“⁹². Zu Recht ist neuerdings festgestellt worden: „Die Entstehung einer Landesordnung war fast immer das Resultat innerständischer und ständisch-landesherrlicher Auseinandersetzungen.“⁹³

Im Herzogtum Preußen legen, während eine herzogliche Kommission bereits an einer Landesordnung arbeitet, die Stände 1528 einen entsprechenden eigenen Entwurf vor⁹⁴. Dieser Entwurf wurde zwar nicht realisiert, signalisiert aber, wer die treibende Kraft bei der Landesgesetzgebung im Herzogtum ist⁹⁵. Das wird insbesondere bei der Landesordnung von 1577 augenfällig. Zwei Jahre zuvor hatte ein Landtag dem Herzog sogar eine Steuerleistung versprochen, wenn binnen Jahr und Tag eine Landesordnung erlassen würde⁹⁶.

Bereits Mitte des 16. Jahrhunderts zeigt sich in der deutschen Ständegeschichte, daß an die Stelle der spätmittelalterlichen Verschiedenheit des Zusammenspiels und der Gegensätze zwischen einem Hegemon und den großen Adelsgeschlechtern und Städten vergleichbare Strukturen einer territorialisierten landständischen Verfassung getreten sind. Die Zeiten sind in den meisten Territorien vorbei, da unter freiem Himmel ein Landtag stattfand, was jederzeit den Protest des Wegreitens zuließ. Verhandlungen in geschlossenen Räumen: Die Landtage sind – einem zeitgenössischen Rechtssprichwort zufolge – zu Geldtagen geworden, auf denen in

⁸⁸ Janssen, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 26.

⁸⁹ Ebd. 29.

⁹⁰ Willoweit, Gebot (wie Anm. 5) 127.

⁹¹ Gerhard Oestreich, Ständetum und Staatsbildung in Deutschland, in: Heinz Rausch (Hrsg.), Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung. Bd. 2: Reichsstände und Landstände (Wege der Forschung 469, Darmstadt 1974) 47–62, hier: 52.

⁹² Dehesselles, Policey (wie Anm. 73) 19. Zum realen Hintergrund dieser Feststellung in weltlichen Ländern: Schubert, Steuer (wie Anm. 80) 43 ff. – Vgl. für Österreich Brauneder, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 111.

⁹³ Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 26.

⁹⁴ Ebd. 45 f.

⁹⁵ Ebd. 133 ff.

⁹⁶ Ebd. 126.

einem fast schon geregelten Verfahren unter festgelegten „höfischen“ Verkehrsformen über Steuern und deren Umlagemodalitäten beraten wird⁹⁷. Äußeres Zeichen dafür ist das Aufkommen der Landtagsabschiede im 16. Jahrhundert. Diese müssen aus dem Geflecht des Gesetzgebungsstaates verstanden werden, auch wenn die Zusammenhänge selten so deutlich sind wie in den welfischen Herzogtümern, wo 1601 ein Landtagsabschied sogar eine Landesordnung ersetzen kann⁹⁸. Ein einfaches Prinzip wurde wirksam, ein Prinzip, das der im wissenschaftlichen Schrifttum vorhandenen Tendenz der Heroisierung des Ständewesens widerspricht. Hochverschuldet war ein Fürst normalerweise bei seinen Ständen, vor allem beim Adel, und gar nicht so selten auch bei seinen Räten⁹⁹. Und das erklärt das Regelverfahren der Steuerbewilligungen auf den Landtagen: Die Gläubiger sanieren ihre Schuldner auf Kosten der Untertanen¹⁰⁰.

Untertanen: Der Kreis von den Landtagen zu den Landesordnungen schließt sich. Nivellierung der vielschichtigen hergebrachten Abhängigkeiten im Interesse eines Verbandes von Steuerzahlern, Nivellierung auch zum Zwecke der Verallgemeinerung des Rechts. Die verschiedenen bürgerlichen Leihrechte und Abhängigkeitsverhältnisse waren in ein einheitliches Untertanenverhältnis umzuformen. Die preußische Landesordnung von 1529 kennt nur den „pauer, wasserley condition er sei“; die Unterscheidung von „Kölmern“ und „Preußen“, zwischen freien und unfreien Bauern war für dieses Gesetz unerheblich¹⁰¹. Das Beispiel enthält Grundsätzliches. Denn ein Untertanenverband war kein Selbstzweck. Alle in ihn Eingebundenen sollten die gleichen Pflichten gegenüber der Herrschaft, der Obrigkeit haben. Und das hieß im wesentlichen: Steuerzahlung. Die im 16. Jahrhundert gedruckten Ausschreiben über die Besteuerungsmodalitäten sind eben auch Gesetze, gehören ebenso wie Policey- und Kirchenordnungen in das legislative Geflecht, dessen Mitte die Landesordnung bildet. Es geht um den Untertan.

Wesentliche Voraussetzungen für den fürstlichen Gesetzgebungsstaat waren schon im Spätmittelalter geschaffen oder angebahnt worden: Ämterverfassung, Aufnahme von Gelehrten in den fürstlichen Rat, die Ausformung der Kanzlei und nicht zuletzt die „Einstaatung“ der Landstände. Diese spätmittelalterliche Grundlegung läßt es nicht verwunderlich erscheinen, daß über die Zeiten kontinuierlich gebrauchte Rechtsworte ihren Inhalt verändern konnten. Hier genüge, um an den

⁹⁷ Schubert, Steuer (wie Anm. 80) 7 und 36 ff.

⁹⁸ Das gilt für den Gandersheimer Landtagsabschied von 1601 für die welfischen Lande. Philip Christian Ribbentrop, Sammlung der Landtagsabschiede, Fürstlichen Reversalen und anderer Urkunden, die landschaftliche Verfassung des Herzogthums Braunschweig – Lüneburg – Wolfenbüttelschen Theils betreffend (Helmstedt 1793) 127–159.

⁹⁹ Uwe Schirmer, Die Institutionalisierung fürstlicher Schulden in Sachsen im 15. und 16. Jahrhundert, in: Gerhard Lingelbach (Hrsg.), Staatsfinanzen – Staatsverschuldung – Staatsbankrotte in der europäischen Staaten- und Rechtsgeschichte (Köln, Weimar, Wien 2000) 277–292. Vgl. Schubert, Umformung (wie Anm. 42) 251 f.; Krüger, Finanzstaat (wie Anm. 62) 107 f.

¹⁰⁰ Vgl. Schubert, Steuer (wie Anm. 80) 12 ff.

¹⁰¹ Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 69.

Begriff anzuknüpfen, von dem unsere einleitenden Erwägungen ihren Ausgang nahmen, der Hinweis auf das Landrecht: Ludwigs des Bayern oberbaierisches Landrecht von 1346, das mit guten Gründen in die Vorgeschichte der Landesordnungen eingeordnet worden ist¹⁰², ist nicht nur in seinem viel weiteren Geltungsbereich, sondern auch vom Rechtsverständnis her von frühneuzeitlichen Kodifikationen wie dem Solmser Landrecht von 1571 oder dem Wildenburger Landrecht von 1592/1607 unterschieden¹⁰³. Hinter dem gleichen Terminus „Landrecht“ verbirgt sich 1346 eine „Sammlung des geltenden Rechts“¹⁰⁴, späterhin jedoch eine Gestaltung der fortan gültigen Satzungen. Integration des Landrechts in die fürstliche Gebietsherrschaft¹⁰⁵.

3. Gebot und Landesordnung als Aussage für den Wandel des Herrschaftsstils vom Spätmittelalter zur frühen Neuzeit

Unsere Auffassung, daß der Gesetzgebungsstaat der frühen Neuzeit auf spätmittelalterlichen Voraussetzungen beruhte, wäre einseitig einem institutionellen Denken verpflichtet, wenn nicht berücksichtigt würde, daß mit der Anwendung des Rechts im vorkonstitutionellen Zeitalter immer auch der (im Laufe der Geschichte sich wandelnde) Herrschaftsstil verbunden ist.

Der Fürst, der gebietet, wacht über das Recht, aber er gestaltet es nicht. Von daher erklärt sich am einfachsten, daß noch im 15. Jahrhundert die Gesetzgebung keineswegs zum Instrumentarium der Landesherrschaft gehörte¹⁰⁶. „Gebot“ und „Gebiet“ hängen sprachlich und auch sachlich zusammen¹⁰⁷. In diesem Zusammenhang wird der Ausdruck „gebiet“ schon seit dem 13. Jahrhundert in Tirol gebraucht¹⁰⁸. Aber ihn im flächenstaatlichen Sinn mit „Territorium“ gleichzusetzen, wäre eine unzulässige Vergrößerung; denn immer noch ist „gebiet“ der personale Gebotsbereich eines Großen. Der flächenstaatliche Sinn wird sich erst mit der Umformung fürstlicher Herrschaft zum Territorium im Verlauf des 16. Jahrhunderts ausbilden.

„Gebot“ ist, zunächst nicht durch den Sinnbereich des Befehls geprägt, ein Rechtswort, das die Einleitung des Gerichtsverfahrens benennt¹⁰⁹. Deshalb sind das Gebot und sein Pendant, das „Verbot“, das den Abschluß eines Gerichtsver-

¹⁰² Moraw, Landesordnungen (wie Anm. 6) 195.

¹⁰³ Ursula Braasch, Landrechte 1792 (Karte 20b), in: Fred Schwind, Geschichtlicher Atlas von Hessen. Text- und Erläuterungsband (Marburg/Lahn 1984) 126–129.

¹⁰⁴ Wolf, Gesetzgebung (wie Anm. 15) 600.

¹⁰⁵ Stolz, Land (wie Anm. 81) 161–252, hier: 203.

¹⁰⁶ Willoweit, Gebot (wie Anm. 5) 126. Vgl. z. B. Theodor Bühler, Gewohnheitsrecht und Landesherrschaft im ehemaligen Fürstentum Basel (RechtshistArbb 8, Zürich 1972) 181–186.

¹⁰⁷ DrRWb 3 (wie Anm. 5) Sp. 1245–1248.

¹⁰⁸ Stolz, Land (wie Anm. 81) 220 f.

¹⁰⁹ Willoweit, Gebot (wie Anm. 5) 94 ff., hier: 107.

fahrens mit der Durchsetzung des Urteils bezeichnet, nicht herrschaftliche Willensbekundungen, sondern an das alte Herkommen gebunden.

Der „Willkür“ des Fürsten, ein Rechtsausdruck, der, nur teilweise das heutige Wortverständnis enthaltend, unabhängig vom überkommenen Recht den selbstverantworteten Gestaltungsraum bezeichnet¹¹⁰, dieser Willkür trauten die Zeitgenossen große Reichweite zu, des Sprichwortes eingedenk, „der fürsten schwert schnyden weit“¹¹¹ oder: „Fürsten haben lange Hände und viele Ohren.“¹¹² Gemeint war damit personale Macht, nicht staatliche Autorität. Und umgekehrt: Ein Fürst konnte durchaus nicht sicher sein, daß seine Hoheit allenthalben respektiert wurde. Als 1362 Kurfürst Boemund von Trier zurücktrat, behielt er sich Saarbürg und Pfälzel für seinen Alterssitz vor „als die am wenigsten von der Bosheit des Volkes bedrängten Orte“¹¹³.

Zurück zur Willkür: Weil dieser Ausdruck nicht in der individuellen Beliebigkeit, sondern insofern im Recht wurzelt, als er einen zwar prinzipiell zugebilligten, aber nicht in jedem Fall akzeptierten Herrschaftsanspruch enthält, liegt es sachlich nahe, daß Anspruch und Verantwortung sich vermischen, daß sich also „Gebot“ allmählich dem heutigen Wortsinn annähern und im 15. Jahrhundert mit „Satzung“ nahezu deckungsgleich werden kann. Auch in dieser Gestalt gilt uns das „Gebot“ als stellvertretender Ausdruck einer Herrschaftspraxis, die nicht allgemeine Regelungen, sondern individuelle Lösungen sucht¹¹⁴. Insofern gehört zum Gebot auch das Privileg. Zwar gibt es Fälle, nach denen dem Einzelprivileg eine allgemeine Verbindlichkeit zukommen sollte¹¹⁵, nach denen sich – um mit

¹¹⁰ *Wilhelm Ebel*, Die Willkür. Eine Studie zu den Denkformen des älteren deutschen Rechts (GöttingRWissStud 6, Göttingen 1953).

¹¹¹ *Felix Priebatsch* (Hrsg.), Politische Correspondenz des Kurfürsten Albrecht Achilles, 3 Bde. (Leipzig 1894–1898) Bd. 3, 19.

¹¹² *Eduard Graf, Mathias Dietherr*, Deutsche Rechtssprichwörter (Nördlingen 1864) 523.

¹¹³ *Hans-Walter Herrmann*, Das Kurfürstentum Trier, in: *Kurt Hoppstädter, Hans-Walter Herrmann* (Hrsg.), Geschichtliche Landeskunde des Saarlandes, Bd. 2 (Saarbrücken 1977) 123–164, hier: 146.

¹¹⁴ Während *Wilhelm Ebel*, Geschichte der Gesetzgebung in Deutschland (GöttingRWiss-Stud 24, Göttingen 1958) 25f. das Gebot als „Wurzel und Grundform des heutigen Gesetzes“ definierte, betonte *Willoweit*, Gesetzgebung (wie Anm. 16) 123f. und 126f. die Unterschiede, um dann (135ff.) in präziser Formulierung den Weg des Gebotes zur „Verhaltensnorm“ zu beschreiben. Diese Interpretation ist tragfähiger als der Ausweg, von „Mischformen von Weistum und Satzung“ zu sprechen (*Ebel*, 52), was allenfalls terminologisch, nicht aber sachlich befriedigt. Den Gedanken der „Verhaltensnorm“ halten wir deshalb für glücklich, weil er jenseits jeder juristischen Systematik die innere Logik erklärt, nach der in Landesordnungen etwa neben Bestimmungen über das Erbrecht auch Hochzeitsordnungen begehen können.

¹¹⁵ *Bühler*, Gewohnheitsrecht (wie Anm. 106) bes. 179f.; *Janssen*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 23. Im Formularbuch eines klevischen Notars um 1400 wird die „diversitas privilegiorum“ auf ein legislatorisches Prinzip zurückgeführt; denn nur das seien „privilegia“, die zum Nutzen von Land und Leuten gegeben würden, „que de maturo sanoque consilio principum pro commodis terre vel hominibus conceduntur“. *Friedrich Wilhelm Oediger* (Hrsg.), Liber quondam notarii (Köln 1978) 38 Nr. 39.

Wilhelm Ebel zu sprechen – das Gesetz der Tarnform des Privilegs bediente¹¹⁶, aber das sind Ausnahmen.

Ein konkretisierendes Beispiel: Der Herzog von Lüneburg konnte im Spätmittelalter Gebote für den Steinwedeler Wald erlassen – aber diese Gebote galten nur hier und nicht aufgrund einer obrigkeitlichen Stellung des Herzogs, sondern wegen seines (erkauften) Rechtes als Holzgraf¹¹⁷. Weit war der Weg zu einer Forstordnung, die für alle Waldungen im Territorium gelten sollte¹¹⁸.

Unter vielen Beispielen haben wir den Fall der Holzgrafschaft ausgewählt, weil angesichts der zentralen wirtschaftlichen Bedeutung des Holzes, das wie heute das Öl zugleich Energieträger und Basis gewerblicher und industrieller Produktion war, die Entwicklung vom Gebot zur Landesordnung mit großer Klarheit ablesbar ist. Gesetzgebung und Wald: Obwohl der hohe Adel in der Jagd stets eine Art Sport gesehen hatte, obwohl im Forstrecht eine unmittelbare herrschaftliche Kompetenz beschrieben worden war¹¹⁹, obwohl die Forsten und Wälder für die wirtschaftliche Entwicklung eine zentrale Bedeutung gehabt hatten, währte es bis ins 16. Jahrhundert, daß Forst- und Waldgesetze erlassen wurden¹²⁰, wie 1541 die hessische Forstordnung Philipps des Großmütigen, wie 1568 die bayerische, welche „die gehülzt widerum zu würden“ bringen wollte¹²¹. Bis zur Nutzung von Vogelnestern und Mistelbüschen reicht der Paragraphenkatalog dieser Gesetze, die sich vielfach durch eine angebliche „Holznot“ legitimieren¹²². Im Unterschied

¹¹⁶ Ebel, Geschichte (wie Anm. 114) 41.

¹¹⁷ Ernst Schubert, Geschichte Niedersachsens vom 9. bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, in: ders. (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens. Bd. 2/1 (Hannover 1997) 1–906, hier: 612.

¹¹⁸ Forstordnungen als Thema, welches das Fürstentum erst im Verlauf des 16. Jahrhunderts entdeckte: Kurt Mantel, Forstgeschichtliche Beiträge (Hannover 1965) 66. Vgl. die Karte bei Kurt Mantel, Forstgeschichte des 16. Jahrhunderts unter dem Einfluß der Forstordnungen und Noe Meurers (Hamburg 1980) 1026. – Forschungsüberblick: Ralf Günther, Der Arnberger Wald im Mittelalter. Forstgeschichte als Verfassungsgeschichte (GeschArbbWestfälLdForsch 20, Münster 1994) 223 ff. Vgl. auch: Joachim Radkau, Natur und Macht. Eine Weltgeschichte der Umwelt (München 2000) 167 ff. – Regionale Untersuchungen der Forstordnungen: Dorothea Hauff, Zur Geschichte der Forstgesetzgebung und Forstorganisation des Herzogtums Württemberg im 16. Jahrhundert (SchrRLandesforstverwaltung Baden-Württemberg 47, Stuttgart 1977) 16 ff.; Christa Graefe, Forstleute. Von den Anfängen einer Behörde und ihren Beamten. Braunschweig-Wolfenbüttel 1530–1607 (Wolfenbütteler Forschungen 43, Wiesbaden 1989) 289 ff. – Ein kenntnisreiches Literaturreferat: Stefan von Below, Das Eigentum am Wald – ein Forschungsüberblick, in: ders., Stefan Breit, Wald – von der Gottesgabe zum Privateigentum. Gerichtliche Konflikte zwischen Landesherrn und Untertanen um den Wald in der frühen Neuzeit (QForschAgrarG 43, Stuttgart 1998) 1–56. Christoph Ernst, Forstgesetze in der Frühen Neuzeit. Zielvorgaben und Normierungsinstrumente für die Waldentwicklung in Kurtrier, dem Kröyer Reich und der Hinteren Grafschaft Sponheim (Hunsrück und Eifel), in: Härter, Policy (wie Anm. 9).

¹¹⁹ Vgl. den Artikel „Forst“ in LexMa 4 (1989) Sp. 658 ff. (Ernst Schubert).

¹²⁰ Grundlegend: Mantel, Forstgeschichte (wie Anm. 118).

¹²¹ Hans Heinrich Vangerow, Vom Stadtrecht zur Forstordnung. München und der Isarwinkel bis zum Jahr 1569 (MiscBavMonacensia 66, München 1976).

¹²² Vgl. dazu Joachim Radkau, Zur angeblichen Energiekrise des 18. Jahrhunderts. Revisionistische Bemerkungen über die „Holznot“, in: VSWG 73 (1986) 1–37. Vgl. zur Forschungsdiskussion: von Below, Eigentum (wie Anm. 118) 41 f.

zu früheren Zeiten, als immer nur Regelungen für den einzelnen Bannforst oder Nutzungsbestimmungen an einem genau benannten Waldstück gefunden wurden, gelten die neuen Gesetze für das gesamte Territorium. So wurden bereits 1532 während der habsburgischen Verwaltung des Landes in Württemberg alle Wälder im Herzogtum, gleichgültig, wem sie gehörten, der landesherrlichen Gesetzgebung unterworfen¹²³.

Am Beispiel der Forstordnungen konnten wir die neuzeitliche Umformung des spätmittelalterlichen Gebots beschreiben. Gesetzgebung. Für Landes-, Policey- und Kirchenordnungen gilt gleichermaßen die treffliche Definition, die für die Policeyordnungen gefunden wurde, sie „kennzeichnen ... den Übergang von direkter personaler zu indirekt-bürokratischer Sozialkontrolle aufgrund gesetzten Rechts“¹²⁴. Der dehnbare Begriff „Sozialkontrolle“ wird von uns nicht als ein Weg zur vieldiskutierten frühneuzeitlichen Sozialdisziplinierung verstanden¹²⁵, sondern als ein Teil jener auf eine „neue Sittlichkeit“ zielenden Bestimmungen¹²⁶, die zumindest die Mentalitäten verändert haben¹²⁷. Das Adjektiv „fromm“ erhält unter dem Eindruck der Landes- und Polizeiordnungen einen neuen Inhalt, der vom Rechtlichen ins Sittliche verlagert wird¹²⁸; der rechtschaffende Biedermann, der früher die Forderungen des „frommen“ Mannes erfüllte, muß jetzt regelmäßig in die Kirche gehen, darf nicht an den ärgerlichen Tänzen teilnehmen, kein Völlerei sein und sollte sich tunlichst des Zutrinkens enthalten. Zeitlich sind wir vorausgeeilt mit dem Hinweis auf den Bedeutungswandel von „fromm“. Chronologisch, aber erst in der Vermischung mit anderen Entwicklungen wirksam werdend, geht die humanistische Wiederentdeckung der antiken „polis“ voran. Das hatte das frühneuzeitliche Verständnis von „Policey“ als normgebundener Verantwortung für ein Gemeinwesen beeinflusst¹²⁹. Sowohl die geistig als auch sozial überkonfes-

¹²³ Hauff, Geschichte (wie Anm. 118) 16 ff.

¹²⁴ Deheseles, Policey (wie Anm. 73) 13.

¹²⁵ Heinrich Richard Schmidt, Sozialdisziplinierung? Ein Plädoyer für das Ende des Etatismus in der Konfessionalisierungsforschung, in: HZ 265 (1998) 639–682. – Offenbar ist im Verlauf der Debatte um die Sozialdisziplinierung verloren gegangen, was Gerhard Oestreich wirklich gemeint hat. Vgl. Kersten Krüger, Policey zwischen Sozialregulierung und Sozialdisziplinierung, Reaktion und Aktion – Begriffsbildung durch Gerhard Oestreich 1972–1974, in: Härter, Policey (wie Anm. 9) 107–120.

¹²⁶ Beate Schuster, Die freien Frauen. Dirnen und Frauenhäuser im 15 und 16. Jahrhundert (Geschichte und Geschlechter 12, Frankfurt, New York 1995) 316 ff.

¹²⁷ Vgl. als Beispiel die Geschichte des Begriffs „Müßiggang“ und seiner negativen Umformung unter dem Eindruck obrigkeitlicher Mandate: Ernst Schubert, Mobilität ohne Chance. Die Ausgrenzung des fahrenden Volkes, in: Winfried Schulze (Hrsg.), Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (SchrHistKolleg 12, München 1989) 113–164.

¹²⁸ Heide Wunder, „iusticia, Teutonice fromkeyt“. Theologische Rechtfertigung und bürgerliche Rechtschaffenheit. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte eines theologischen Konzepts, in: Bernd Moeller (Hrsg.), Die frühe Reformation in Deutschland als Umbruch (SchrVRefG 199, Gütersloh 1998) 307–332, hier: bes. 310 ff. zu Luthers Bedeutung für den Wortwandel von „fromm“.

¹²⁹ Peter Nitschke, Von der Politeia zur Polizei. Ein Beitrag zur Geschichte des Polizeibegriffs und seiner herrschaftlichen Dimension von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, in: ZHF 19 (1992) 1–27.

sionell integrative Kraft humanistischen Denkens, von der auch die Juristen des 16. Jahrhunderts geprägt waren¹³⁰, erklärt: Sowohl in katholischen als auch in protestantischen Gebieten galt für Landes- und Polizeiornungen: „Ihre Geltung sollte sich auf alle Untertanen eines Territoriums erstrecken.“¹³¹ Als neues Prinzip erscheint die „beginnende Verallgemeinerung des Rechts“¹³². Beispiel für die Gestalt dieser „Verallgemeinerung“: Die kurkölnische Forstordnung von 1590 ist eine Zusammenfassung dessen, was zuvor in einzelnen Weistümern und Privilegien für den Arnsberger Wald niedergelegt worden war¹³³. Das Prinzip der „Verallgemeinerung“¹³⁴, die Gültigkeit für das gesamte Herrschaftsgebiet, formuliert 1519 der bayerische Herzog im Hinblick auf das „landpuech“, das oberbaierische Landrecht Kaiser Ludwigs: „unser ... ersuchen ist ... an die andern vnser landsassen zu Bayrnn, bey denen das landpuech bisshere nit gelegen ist ... diss lanndtbuech ... auch an(zu)nehmen.“¹³⁵ Was zögernd im ausgehenden 15. Jahrhundert angebahnt worden war, sollte sich sehr schnell im 16. Jahrhundert entwickeln: Gebote im neuen Verständnis, Gesetzgebung¹³⁶.

Zwischen Gebot und Landesordnung steht das Landgebot, wie es in wittelsbachischen Landen am klarsten erkennbar ist¹³⁷. Von der Sache her¹³⁸ ist es aber auch in anderen Herrschaften seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts nachzuweisen: Eine vom Fürsten verantwortete allgemeine Vorschrift zu Einzelfragen¹³⁹. Ein Beispiel: Landgraf Wilhelm von Thüringen läßt, beeindruckt von den Predigten des Johannes Kapistran, 1452 ein Landgebot ausgehen, das Glücksspiel

¹³⁰ Schubert, Conrad (wie Anm. 66).

¹³¹ Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 27.

¹³² Ebd. 80. – Ein Beispiel dafür, daß man sich dieser Verallgemeinerung des Rechts bewußt war: Die Calenberger Synodalkonstitution machte aus einer Ordnung der Meßliturgie „kein gesetz draus, sonder lesset es zu als eine wohlstehende ehrbarkeit“. Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts. 6. Bd.: Niedersachsen, I. Hälfte: Die welfischen Lande, 2. Halbbd. (Tübingen 1957) 873.

¹³³ Günther, Wald (wie Anm. 118) 32 und 216 ff. – Das gleiche Prinzip ist noch bei der Kodifikation des Mainzer Landrechts von 1755 wirksam, in das ältere, bis 1534 zurückreichende Gerichtsordnungen eingearbeitet wurden. Braasch, Landrechte (wie Anm. 103) 127.

¹³⁴ Bezeichnend, daß die erste Bestimmung der badischen Landesordnung von 1495 die Huldigung der Hintersassen betrifft. Moraw, Landesordnungen (wie Anm. 6) 196.

¹³⁵ DtRWb 8, Sp. 352 f.

¹³⁶ Die Erkenntnis ist alt. Vgl. Otto von Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht. 4 Bde. (Berlin 1868–1913) Bd. 3, 783–785.

¹³⁷ Schlosser, Rechtsgewalt (wie Anm. 12) 9–52. – Daß wir das Landgebot, die Darlegung von Schlosser allenfalls nuancierend als Zwischenstufe zur Landesordnung annehmen, liegt an dem von Schlosser aufbereiteten Belegmaterial, komprimiert in: DtRWb 8, Sp. 346. – Diese seit 1442 nachweisbaren Gebote betreffen Einzelfragen von der Donauschiffahrt bis hin zum Schlachalter von Kälbern und Schafen. Lieberich, Anfänge (wie Anm. 12) 311 ff. Noch keine Gesetze darstellend, sind sie gleichwohl durch die Abkehr vom lokalen Einzelfall, also von Gebot und Privileg charakterisiert. – Der ursprüngliche Gebotscharakter geht jedoch immer mehr verloren, so daß 1520 „lanndtpot und lanndsordnung“ gleichgesetzt werden können. DtRWb 8, Sp. 346.

¹³⁸ Vgl. die inhaltliche Analyse bei Schlosser, Rechtsgewalt (wie Anm. 12) 19 f.

¹³⁹ Vgl. für Kleve: Janssen, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 32 f.

und „Zutrinken“ untersagt¹⁴⁰. Ebensovienig wie die bayerischen Landgebote sind ihre gleichfalls an das alte Herkommen gebundene Entsprechungen in anderen deutschen Landen Gesetze¹⁴¹.

Methodisch überzeugend, sich auf die deklaratorischen Einleitungen der Landesordnungen stützend, grenzte Hans Schlosser diese von den Landgeboten ab¹⁴². Letztere erfüllen nicht die Kriterien einer Landesgesetzgebung¹⁴³. In dem Bemühen aber, die Wandlungen der Rechtssetzung in die des Fürstenstaates einzuordnen, sehen wir die Abgrenzung nicht ganz so schroff. Sicherlich waren die Landgebote an das alte Herkommen gebunden¹⁴⁴ oder liehen sich zumindest dessen Autorität. Wo aber, wie im spätmittelalterlichen Bayern, Rentmeister-Umritte die frühneuzeitliche Visitation vorwegnahmen¹⁴⁵, war der „Verallgemeinerung“ des Rechts der Boden bereitet¹⁴⁶.

4. Landesordnung, Policeyordnung, Kirchenordnung

Nur einen Teil der fürstlichen Legislatur, die in der frühen Neuzeit vor allem unter den Begriff der „guten Policey“ gestellt wird¹⁴⁷, bildet die Landesordnung. Sie enthält in ihrem Paragraphenkatalog fast immer den Rechtsgang regelnde Bestimmungen, die sich bis zu Gerichtsordnungen auswachsen können¹⁴⁸; dieser Themenbereich fehlt in den anderen Formen fürstlicher Gesetzgebung. Ansonsten aber gilt: Landes- und Policeyordnung sind, weil im 16. Jahrhundert der

¹⁴⁰ *Johannes Hofer*, Johannes Kapistran, 2 Bde. (Bibliotheca Franciscana 1 und 2, Heidelberg 1964/65) Bd. 2, 294.

¹⁴¹ Vgl. *Schubert*, Steuer (wie Anm. 80) 42 f.

¹⁴² *Schlosser*, Rechtsgewalt (wie Anm. 12) 23 ff. – Gegen einen Gesetzescharakter spricht bereits, daß die Landgebote in Urkundenform abgefaßt werden können. *Lieberich*, Anfänge (wie Anm. 12) 324.

¹⁴³ *Schlosser*, Rechtsgewalt (wie Anm. 12) 11.

¹⁴⁴ Ebd. 22.

¹⁴⁵ *Walter Ziegler*, Studien zum Staatshaushalt Bayerns in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts: Die regulären Kammereinkünfte des Herzogtums Niederbayern 1450–1500 (München 1981) 98 ff. – Anschaulich zur frühneuzeitlichen Visitation: *Robert von Friedeburg*, Der „Gemeine Nutz“ als affirmative Kategorie. Der Aufbau frühmoderner Verwaltung in Hessen durch Landgraf Philipp den Großmütigen und seinen Sohn Wilhelm IV., in: ZVHessGLdKde 89 (1982/83) 27–50, hier: 37 ff.

¹⁴⁶ Die Vorsicht der Formulierung ist deswegen geboten, weil die in der bayerischen Tradition des Umritts stehende Visitation des Jahres 1554, welche die Einhaltung der Landesordnung des vorangegangenen Jahres überprüfen sollte, ergab, daß „die Praxis durch dieses wichtige Landesgesetz schlicht überfordert“ war. *Schlosser*, Rechtsgewalt (wie Anm. 12) 29.

¹⁴⁷ *Stolleis*, Policey (wie Anm. 51).

¹⁴⁸ Zutreffend: *Matthias Weber*, Ständische Disziplinierungsbestrebungen durch Polizeiordnungen und Mechanismus ihrer Durchsetzung – Regionalstudie Schlesien, in: *Stolleis*, Policey (wie Anm. 51) 339–376, hier: 345.

Siegeszug des Ausdrucks „Policey“ beginnt¹⁴⁹, sachlich nicht genau auseinander zu halten¹⁵⁰.

Überschneidungen der legislativen Akte. Selbst die Kirchenordnungen sind in vielem nicht von der allgemeinen weltlichen Gesetzgebung zu trennen¹⁵¹. Das belegt bereits die „Ordnung der Christlichen Kirchenzucht, Für die Kirchen im Fürstenthumb Hessen“¹⁵², die sogenannte Ziegenhainer Zuchtordnung, die zunächst nicht die gewünschten Wirkungen zeigte. Deswegen erließ Landgraf Philipp 1543 eine „Ordnung“, eine Landesordnung, die schon in ihrem Titel die Verschränkung von weltlicher Polizei und kirchlicher Sittenordnung sichtbar machte: „zu erhaltung Christlicher Zucht und Erbarkeyt, Auch guter Pollicei“¹⁵³. Alte und Neue Kirche sind sich im 16. Jahrhundert darin einig, daß weltliche und kirchliche Ordnung im Verständnis christlicher Obrigkeit zusammengehören. So konnte in Trier 1589 eine „Kirchen- und Policeyordnung“ erlassen werden¹⁵⁴. In manchen Gebieten – wie etwa in den welfischen Herzogtümern – stellen die Kirchenordnungen die ersten allgemeinen Gesetze dar¹⁵⁵. Aber davon ganz abgesehen: Vielfach finden sich hier Bestimmungen über die „ärgerlichen Tänze“ oder über das „Zutrinken“, wie sie ebenso in den Landesordnungen anzutreffen sind. Spezifisch weltlicher Fragen, wie der des Gesindedienstes, können sich auch Kirchenordnungen annehmen¹⁵⁶. Umgekehrt kann auch in der weltlichen Gesetzgebung die Sonntagsheiligung eingeschränkt werden, können im Herzogtum Preußen

¹⁴⁹ Vgl. neben *Nitschke*, *Politeia* (wie Anm. 129): *Wilhelm Brauneder*, Der soziale und rechtliche Gehalt der österreichischen Polizeiordnungen des 16. Jahrhunderts, in: ZHF 3 (1976) 205–219, hier: 210: „Die Polizeiordnungen enthalten neues Recht“. – Zum Begriff „Policeyordnung“: *Weber*, Disziplinierungsbestrebungen (wie Anm. 148) 333–336 und 341. *A. M. J. A. Berkevens*, Polizeigesetzgebung in den Habsburgischen Niederlanden, in: *Stolleis*, *Policey* (wie Anm. 51) 421–456, hier: 422 f.

¹⁵⁰ *Berg*, Landesordnungen (wie Anm. 29) 26 ff. Vgl. *Karl Härter*, *Michael Stolleis*, Einleitung, in: *dies.*, Repertorium (wie Anm. 51) 1–36, hier: 16–31: „Regelungsgegenstände – Sachindex der Policeymaterien“. – Die Ausnahme: In Tirol ist 1572 und 1577 zu erkennen, daß Policey- und Landesordnung genau auseinander gehalten werden. *Brauneder*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 123.

¹⁵¹ *Sebastian Kreiker*, Armut, Schule, Obrigkeit. Armenversorgung und Schulwesen in den evangelischen Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts (Religion in der Geschichte 5, Bielefeld 1997) 14 f. Vgl. *Richter*, Landesordnungen (wie Anm. 16) 60 f. – Die Calenberger Synodalstatuten bezeichnen 1545 die drei Jahre zuvor erlassene Kirchenordnung als „fürstliche gemeine landsordnung“. *Ernst Schubert*, Die Antwort niedersächsischer Kirchenordnungen auf das Armutsproblem des 16. Jahrhunderts, in: *JbGNDsächsKiG* 89 (1991) 105–132, hier: 109.

¹⁵² Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts Bd. 8: Hessen, I. Hälfte: Die gemeinsamen Ordnungen (Tübingen 1965) 101–112.

¹⁵³ Ebd. 148–154. Vgl. *Kreiker*, Armut (wie Anm. 151) 15.

¹⁵⁴ *Härter*, Kurtrier (wie Anm. 44) 637.

¹⁵⁵ *Schubert*, Antwort (wie Anm. 151) 109.

¹⁵⁶ 1531 wettet die Kirchenordnung im ernestinischen Sachsen dagegen, daß „dinstboten und knechte zu zeiten mutwillig aus iren dinsten treten“. Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts, hrsg. von *Emil Sehling*, Bd. 1 (Leipzig 1902) 182.

Eherecht (und zwar nicht nur das traditionell weltliche Ehegüterrecht), Eheschließung und Verlobung Themen der Landesordnung von 1540 sein¹⁵⁷.

Bei allen Überschneidungen fällt auf, daß ein Thema weder von den Landes- noch von den Policyordnungen behandelt wird: das der Schule. Das bleibt allenfalls den Kirchenordnungen reserviert¹⁵⁸, was wohl weniger mit der inzwischen verblaßten kirchlichen Bindung der Schule zu tun hat als damit, daß es sich um einen Gegenstand handelt, der einer kommunalen Kompetenz überlassen bleibt. Denn nur die städtische Lateinschule kann in das obrigkeitliche Blickfeld geraten. Die einfache dörfliche Schule ist erst im 18. Jahrhundert bisweilen Gegenstand von Landesordnungen¹⁵⁹, bevor dann am Ende des Alten Reiches zahlreiche Mandate versuchen, regelnd einzugreifen.

Weil sich Landes-, Policy- und Kirchenordnungen in Vielem überschneiden, konnte Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel 1569 als Hauptaufgabe eines Fürsten die Sorge für „gute policy und lands ordnung“ ausgerechnet in der Einleitung zu seiner Kirchenordnung formulieren¹⁶⁰. Denn alle genannten Ordnungen gingen auf die neue obrigkeitliche Verantwortung des Fürsten zurück, auf denjenigen, der sich wie Herzog Julius als „christlicher Herr und Landesfürst“ verstand¹⁶¹. Diese bei protestantischen und katholischen Fürsten verbreitete Auffassung – wir erinnern nur an das Trierer Beispiel¹⁶² – hindert uns, diese Themen der heutigen Konfessionalisierungsdebatte zuzuordnen. Sie gehören – interkonfessionell – zur Entwicklung des Obrigkeitsstaates.

Angesichts der Überschneidungen lassen sich die Landesordnungen vom Inhalt her nur bedingt als eigenständige Gesetzesform fassen. Wir folgen deswegen der Einteilung, die Noah Meurer 1582 als Gliederung seiner großen Sammlung zugrundelegte¹⁶³; diese Gliederung betrachten wir als einen gewissermaßen idealtypischen Katalog dessen, was nach Meinung eines zeitgenössischen Juristen zu einer Landesordnung gehören sollte, aber nicht in jedem Fall gehören mußte: „Von Gerichten und Gerichtlichem Process“ (Teil I), „Von Contracten, Handthierung, und was denen anhangt“ (Teil II), „von Testamenten, und anderen letzten Willen“ (Teil III), „Von Erbschafften und Erbgerechtigkeiten“ (Teil IV).

Noah Meurer hatte sich auf einen Kernbereich konzentriert, der in fast jeder Landesordnung begegnet: die Gerichtsverfassung, der sich häufig auch Fragen des

¹⁵⁷ Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 87 und 93 ff.

¹⁵⁸ Vgl. Kreiker, Armut (wie Anm. 151) bes. 125 ff.

¹⁵⁹ Ein frühes Beispiel, hinter dem wir den Einfluß des großen Büchersammlers Herzog August vermuten, ist die Braunschweig – Wolfenbütteler Landesordnung von 1647, die 1729 erneuert wird: Eltern sollen ihre Kinder zur Schule schicken und das Schulgeld zahlen. Fürstliche Braunschweig-Lüneburgische Wolfenbüttelschen Theils Landes – Ordnung (Wolfenbüttel 1729) 6 f. (§ 2).

¹⁶⁰ Dehesseles, Policy (wie Anm. 73) 20. Vgl. auch Härter, Stolleis (wie Anm. 51) 12.

¹⁶¹ Kreiker, Armut (wie Anm. 151) 15 f.; Dehesseles, Policy (wie Anm. 73) 19.

¹⁶² Vgl. Anm. 154.

¹⁶³ Noah Meurer, Liberey Keyserlicher, auch Teutscher Nation Landt und Statt Recht (Heidelberg 1582). – Zu Meurer vgl. HRG Bd. 3, 529–531 (Kurt Mantel) und NDB Bd. 17, 269 f. (Bernd-Rüdiger Kern).

Erbrechts anschließen¹⁶⁴. Insofern ist die preußische Landesordnung von 1529 typisch mit ihren Bestimmungen zum Familien- und Erbrecht¹⁶⁵, sie ist aber auch typisch darin, daß sie noch zahlreiche policeyliche Bestimmungen enthält, die nicht zu Meurers vorrangigen Interessen gehörten: „Müßiggang“ und Würfelspiel, Kosten beim „Kindelbier“ und Hochzeiten, Feuersgefahr beim Darren¹⁶⁶.

In welcher Variante auch immer das allgemeine Gesetz erscheint: Es ist im wesentlichen ein Spezifikum des 16. Jahrhunderts. Ob Polizei-, Landes- oder Kirchenordnung: Man war sich offenbar des Neuen der legislatorischen Formen und – unabhängig von der konfessionellen Problematik – der Inhalte bewußt. Dieses Bewußtsein erklärt, warum der Erlaß von Landesordnungen so heftig umstritten sein konnte¹⁶⁷, warum zahlreiche entsprechende Entwürfe nie realisiert wurden¹⁶⁸. Bewußtsein von dem Neuen. Wir wählen das eindrücklich erforschte Beispiel der Städte im Herzogtum Preußen. Hier durchzieht die Geschichte der Landesordnungen der Widerstand der Städte¹⁶⁹. Immer wieder pochen diese, angeführt von Königsberg¹⁷⁰, auf ihre hergebrachten Privilegien und Gerechtsame. So ist es unwahrscheinlich, daß die Ordnung von 1529 jemals in den Städten publiziert wurde¹⁷¹, und auch bei der Ordnung von 1540 und ihrer überarbeiteten Fassung von 1541 verharren die Kommunen in kompromißlosem Protest¹⁷², eine Haltung, die sie selbst 1577 nicht aufgeben¹⁷³. Ihr Widerstand weist über das landesgeschichtliche Faktum hinaus. Wo Landesordnungen geschaffen wurden, war der eigentliche, in den Ordnungen selbst verschwiegene Konfliktpunkt, wie weit sich das Neue mit dem Hergebrachten vereinbaren ließ.

Das preußische Beispiel verdeutlicht, weshalb sich der frühneuzeitliche Fürstenstaat nie völlig von seinen mittelalterlichen Grundlagen entfernen konnte, so daß für ihn das Bild von der barockisierten Kirche passend erscheint, die im Geschmack der neuen Zeit die mittelalterliche Substanz verdeckt. Obwohl die obrigkeitlichen Gesetze nicht müde werden, die Pflichten der Untertanen zu betonen, blieb doch eine offene Flanke: Nicht nur die altständischen Privilegien, sondern auch die jeweiligen kommunalen Sonderrechte konnten nicht beseitigt werden.

¹⁶⁴ Deswegen betrachten wir die badische Ordnung von 1495, obwohl sie keine Regelung der Judikatur enthält, als Landesordnung.

¹⁶⁵ Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 64 ff.

¹⁶⁶ Ebd. 74.

¹⁶⁷ Vgl. unten zu Anm. 170 – 173.

¹⁶⁸ So scheiterte 1502 im ernestinischen Sachsen der Entwurf einer Landesordnung. Richter, Landesordnungen (wie Anm. 16) 55 ff. Vgl. Franz von Spechtler, Rudolf Uminsky, Die Salzburger Landesordnung von 1526 (GöppingerArbbGermanistik 305, Göppingen 1981); Brigitte Hempel, Der Entwurf einer Polizeiordnung für das Herzogtum Sachsen-Lauenburg aus dem Jahre 1591 (Rechtshist. Reihe 11, Frankfurt, Bern, Las Vegas 1980).

¹⁶⁹ Auch im königlichen Preußen waren es die Städte Danzig, Thorn und Elbing, die seit 1526 gegen die Konstitution des polnischen Königs Sturm liefen. Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 174 ff.

¹⁷⁰ Ebd. 35, 49 ff.

¹⁷¹ Ebd. 77.

¹⁷² Ebd. 88 f., 91, 102 ff.

¹⁷³ Ebd. 127.

Oder schlicht formuliert: Es gab zwar Landesordnungen, aber keine in sie integrierten für alle Kommunen eines Fürstentums gleichermaßen gültigen Städteordnungen¹⁷⁴. Und das weist auf einen Charakterzug der frühneuzeitlichen Gesetzgebung. Es bestand „ein ausgeprägtes Bewußtsein des Nebeneinanders“ von alten Rechten und neuer Ordnung¹⁷⁵. Als 1519 der bayerische Herzog seinen „landsassen“ gebietet, das „landpuech“ auch dort, wo es bisher unbekannt war, anzunehmen, erklärt er zugleich: „doch sol solchs anzenemen zu jrem willen stehen.“¹⁷⁶

Wir müssen es uns von unserer Themenstellung her versagen, näher auf die Geschichte der Landesordnungen nach dem 16. Jahrhundert, etwa auf Probleme des legislatorischen Wertewandels einzugehen¹⁷⁷. Festgestellt sei nur, daß das 16. Jahrhundert die große Zeit allgemeiner Gesetzgebung im frühneuzeitlichen Territorium gewesen ist¹⁷⁸. Möglicherweise war die Figur des als christliche Obrigkeit handelnden Fürsten, eine Figur, die im Verlauf der frühen Neuzeit immer mehr in den Hintergrund geriet, für den Erlaß umfassender Ordnungen von größerer Bedeutung gewesen, als aus den Quellen hervorgeht. Wie auch immer: Auch die Geschichte der Gesetzgebung ist ein Beitrag zur Relativierung des Begriffs „Absolutismus“¹⁷⁹; denn dieser Begriff ist von der römisch-rechtlichen, den Juristen seit dem Mittelalter wohlvertrauten Rechtsfigur des „*princeps legibus solutus*“ abgeleitet, eine Rechtsfigur, die damit begründet wird, daß der Fürst als Gesetzgeber über den Gesetzen stehen müsse¹⁸⁰.

Während die Landesordnungen des Spätmittelalters isoliert in der Geschichte der Herrschaft als markante Einzelkodifikationen erscheinen, sind die der frühen

¹⁷⁴ Vgl. *Brauneder*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 123 f. Eine Ausnahme stellt Trier dar, wo zwischen 1550 und 1583 vier Stadt- und Policeyordnungen vom Kurfürsten erlassen worden sind. *Härter*, Kurtrier (wie Anm. 44) 629, 631, 633 und 635.

¹⁷⁵ *Brauneder*, Policeygesetzgebung (wie Anm. 79) 303. Vgl. *Schiemann*, Usus (wie Anm. 49) 165 ff.

¹⁷⁶ DtRWb 8, Sp. 352 f.

¹⁷⁷ Zutreffend hebt *Berg*, Landesordnungen (wie Anm. 29) 28 hervor, daß im 18. Jahrhundert innerhalb des Policeybegriffs eine Schwerpunktverlagerung auf die Themen „Commerzien“ und Landeswohlfahrt sichtbar wird.

¹⁷⁸ *Härter*, *Stolleis*, Repertorium (wie Anm. 150) 11 mit 13. Die Entwicklung im Herzogtum Preußen hat zahlreiche Parallelen in deutschen Landen. „Auffällig ist, daß nach sehr intensiver Gesetzgebungstätigkeit, speziell in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, ein deutliches Nachlassen ... festzustellen ist. Die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts brachte noch einige Teilordnungen, dann veränderte sich über einhundert Jahre lang nichts bis zum Jahre 1766.“ *Berg*, Landesordnungen (wie Anm. 29) 29. Vgl. ebd., 23. *Berg*, ebd. 156 sieht den Grund für dieses „Nachlassen“ in der Entmachtung der Stände. Aber das würde nicht erklären, warum die gleiche Entwicklung der Gesetzgebung auch dort zu beobachten ist, wo die Stände, wie in Württemberg oder Kurhannover, noch ihren Einfluß bewahrt haben.

¹⁷⁹ *Ronald G. Asch*, *Heinz Duchhardt* (Hrsg.), *Der Absolutismus – ein Mythos? Strukturwandel monarchischer Herrschaft in West- und Mitteleuropa (ca. 1550–1700)*. (Münster-HistForsch 9, Köln, Weimar, Wien 1996).

¹⁸⁰ *Dieter Wyduckel*, *Princeps legibus solutus: eine Untersuchung zur modernen Rechts- und Staatslehre* (Schriften zur Verfassungsgeschichte 30, Berlin 1979).

Neuzeit zeitlich umrahmt von einer Vielzahl von einzelnen Mandaten¹⁸¹, Edikten oder – wie sie sprechend in den Niederlanden heißen – „Plakaten“¹⁸². Die beiden großen österreichischen Policeyordnungen von 1542 und 1522 stehen inmitten von etwa 700 Mandaten, die Gegenstände der „guten Policey“ behandeln¹⁸³. Die Zahl dieser einzelnen Gesetze, die bisweilen nur handschriftlich¹⁸⁴, mehrfach aber im Druck überliefert sind, ist hoch¹⁸⁵. Die etwa 3000 im habsburgischen Bra-bant¹⁸⁶ stellen keineswegs einen Sonderfall dar. In Braunschweig-Wolfenbüttel wurden zwischen 1495 und 1806 – Wiederholungen nicht mitgerechnet – unge-fähr 2300 Policeymandate erlassen¹⁸⁷. Als nach dem Dreißigjährigen Krieg die Kraft zur Landesordnung erlahmt war, stieg der Erlaß von Edikten kontinuierlich an, so daß selbst deren offizielle oder offiziose Sammlungen alles andere als voll-ständig sind.

5. Das Reich und die neue Gesetzgebung des 16. Jahrhunderts

Einleitend hatten wir behauptet, daß der Gesetzgebungsstaat der frühen Neuzeit nicht aus einer „vertikalen“ Entwicklung der Gesetzgebung seit dem Spätmittel-alter erklärbar sei. Ein Grund dafür liegt darin, daß die wenigen spätmittelalter-lichen Landesordnungen den entscheidenden Impuls nicht kennen, von dem die zahlreichen frühneuzeitlichen angestoßen sind: von der Reichsgesetzgebung seit 1497¹⁸⁸. Dahinter steht der institutionelle Ausbau des Reichstages zwischen 1495 bis 1555, was in den Territorien „offensichtlich für die landständische Organisa-tion modellhaft“ wurde¹⁸⁹. Alle Reichstagsabschiede, die seit dem Lindauer und Freiburger Tag 1496 bzw. 1498 immer häufiger die „gute Policey“ behandeln und in den großen Reichspolizeiordnungen von 1530, 1548 und 1577 kodifizieren, richten sich an die „Obrigkeiten“ im Reich¹⁹⁰. Dadurch entstand, was der spät-

¹⁸¹ Zum Begriff: *Claudia Schott-Volm*, Policey in der Schweiz: Das Beispiel Zürich, in: *Stol-leis*, Policey (wie Anm. 51) 489–508, hier: 500.

¹⁸² *Berkvens*, Polizeigesetzgebung (wie Anm. 149) 425 f. Vgl. allgemein *Brauneder*, Policey-gesetzgebung (wie Anm. 79) 304 f.

¹⁸³ *Brauneder*, Policeygesetzgebung (wie Anm. 79) 300. Vgl. ebd., 304.

¹⁸⁴ *Schott-Volm*, Policey (wie Anm. 181) 498 f.

¹⁸⁵ Zur Überlieferung – bisweilen sind solche Mandate auch verloren – vgl. *Karl Härter*, Kurmainz, in: *Härter, Stolleis*, Repertorium (wie Anm. 51) 107–125, hier: 124 f.

¹⁸⁶ *Berkvens*, Polizeigesetzgebung (wie Anm. 149) 430.

¹⁸⁷ *Dehesseles*, Policey (wie Anm. 73) 18.

¹⁸⁸ *Michael Stolleis*, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Bd. 1: Reichspubli-zistik und Policywissenschaft 1600–1800 (München 1988) 130; *Härter, Stolleis*, Reperto-rium (wie Anm. 51) 11.

¹⁸⁹ *Volker Press*, Formen des Ständewesens in den deutschen Territorialstaaten des 16. und 17. Jahrhunderts, in: *Peter Baumgart* (Hrsg.), Ständetum und Staatsbildung in Brandenburg Preußen (Berlin, New York 1983) 280–318, hier: 293.

¹⁹⁰ *Weber*, Neuzeit (wie Anm. 31) 215 ff.; *Heinz Mohnhaupt*, Gesetzgebung des Reichs und Recht im Reich vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: *Dölemeyer, Klippel*, Gesetze (wie Anm. 12) 83–108. Zu Recht macht *Mohnhaupt* darauf aufmerksam, daß nicht nur die großen Reichs-

mittelalterlichen Gesetzgebung fremd war, eine Vergleichbarkeit, eine thematische Verzahnung über territoriale Grenzen hinweg.

Die Wirkungen der Reichspolizeiordnungen lassen sich im deutschen Norden, einer im Spätmittelalter noch königsfernen Landschaft, ebenso feststellen¹⁹¹ wie etwa im eidgenössischen Zürich¹⁹², sie finden sich in den Kurfürstentümern¹⁹³ ebenso wie in kleinen Herrschaften¹⁹⁴, sie sind in Fürstentümern, die schon lange eine legislatorische Tradition haben, wie Kleve-Mark¹⁹⁵, in gleicher Weise nachweisbar wie in solchen, wo Polizeiornungen die ersten allgemeinen Gesetze bilden. Daß diese Wirkungen nicht „in der Natur der Sache“ lagen, läßt sich am besten an den habsburgischen Landen erkennen. Die Verzahnung von Landes- und Reichsrecht war auch in den Landen des Kaisers keineswegs selbstverständlich, sondern eine Rezeption¹⁹⁶. So wird in Niederösterreich 1531 ausdrücklich angeordnet, die bisherigen Regelungen mit der Augsburger Ordnung zu vergleichen¹⁹⁷.

Sehr früh zeigt sich die Wirkung der Reichstagsschlüsse in Hessen, das bereits 1500 die Vorschriften des Freiburger Tages von 1498 übernahm¹⁹⁸, und in Bayern, wo das Landgebot von 1501 sich auf den Augsburger Reichstag von 1500 bezieht, weswegen der Herzog „und dieselb unsre Landschaft nicht unbillig bewegt sind in dem und andern gemeiner Reichsordnung ... zu vergleichen“¹⁹⁹.

Das Reich stellt der territorialen Gesetzgebung normierende Vorgaben bereit²⁰⁰. Ein Beispiel: Auch wenn es seit dem 14. Jahrhundert entsprechende eigenständige Vorläufer in größeren Herrschaften gab²⁰¹, sind Gesindeordnungen erst

polizeiordnungen herangezogen werden dürfen; denn zwischen 1487 und 1603 seien in 51 Reichsgesetzen policeyliche Gegenstände geregelt worden. Ebd. 102.

¹⁹¹ Vgl. für Braunschweig-Wolfenbüttel: *Dehesseles*, Policey (wie Anm. 73) 21; für Westfalen: *Gertrud Angermann*, Volksleben im Nordosten Westfalens zu Beginn der Neuzeit (BeitrVolkKulturNordwestdtdl 89, Münster, New York 1995) 106 und 108.

¹⁹² *Schott-Volm*, Policey (wie Anm. 181) 497.

¹⁹³ Vgl. *Werner Hartz*, Die Gesetzgebung des Reichs und der weltlichen Territorien in der Zeit von 1495 bis 1555 (Diss. Marburg 1931) 75 und 82 für die Mark Brandenburg. Die Kurmainzer Polizeiornung von 1549 geht auf die des Reichs vom Jahr zuvor zurück. *Härter*, Kurmainz (wie Anm. 185) 149. Zu Kurköln vgl. unten Anm. 207; nachdem das ernestinische Sachsen schon wesentliche Teile der Augsburger Ordnung teilweise wörtlich übernommen hatte *Richter*, Landesordnungen (wie Anm. 16) 7f., folgten die Albertiner, als die Kurwürde auf sie übergegangen war, diesem Vorbild und übernahmen 1550 weitgehend die Reichsordnung von 1548. *Hartz*, 55.

¹⁹⁴ Vgl. für Ravensberg und Lippe: *Angermann*, Volksleben (wie Anm. 191) 106 und 108.

¹⁹⁵ *Hartz*, Gesetzgebung (wie Anm. 193) 101 und 103.

¹⁹⁶ Ebd. 22 ff.; *Brauneder*, Policeygesetzgebung (wie Anm. 79) 310; *ders.*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 113 ff.

¹⁹⁷ *Brauneder*, Policeygesetzgebung (wie Anm. 79) 301. Vgl. ebd. 302 zum Einfluß der Reichsgesetzgebung auf das Polizeirecht Österreichs.

¹⁹⁸ *Hartz*, Gesetzgebung (wie Anm. 193) 111.

¹⁹⁹ Ebd. 39 f. Vgl. *Leutenbauer*, Delikt (wie Anm. 59) 46.

²⁰⁰ Vgl. für Bayern die detaillierte Zusammenstellung bei *Lieberich*, Anfänge (wie Anm. 12) 341–344.

²⁰¹ Vgl. die sogenannte Tiroler Landesordnung von 1352 (wie Anm. 14).

durch den verallgemeinerten Policeybegriff zu einem zentralen Thema der frühneuzeitlichen Gesetzgebung geworden – und das trotz aller Unterschiede in den einzelnen Agrarlandschaften, zwischen Altsiedelland mit seinen gewachsenen Freiheitsrechten und Kolonisationsgebieten mit ihrem Gesindezwangsdienst. Die Augsburger Reichspolizeiordnung von 1530 hatte dann allen Obrigkeiten aufgetragen, Lohntarife für Dienstboten und Knechte festzuschreiben²⁰². Als die Reichsordnung von 1548 diese Forderung wiederholte, haben die brandenburgischen Räte 1551 ihrem Kurfürsten eine entsprechende Regelung vorgelegt²⁰³.

Ein Grund für die Wirkung der Reichspolizeiordnungen auf die Gesetzgebung der Territorien liegt sicherlich darin, daß Artikel, die bereits vom Reichstag gebilligt worden waren, einen möglichen landständischen Widerstand in Argumentationsnöte bringen mußten. Denn dieses Reich bedeutete einen emotionalen Wert im 16. Jahrhundert, in einer Zeit, in der die mächtigen Humpen der Reichsadlerbecher ein Exportschlager böhmischer Glashütten waren²⁰⁴.

Verfehlt wäre es allerdings, den Reichspolizeiordnungen eine gleichmäßige, eine unmittelbare Wirkung auf die territoriale Gesetzgebung zuzuschreiben²⁰⁵. Zum einen ist die Rezeption dieser Ordnungen von Fall zu Fall verschieden und sodann erfolgt die Rezeption selektiv: Einzelne Artikel werden übernommen, andere weggelassen. Die kurkölnische Rechtsreformation übernahm zwar Teile der Augsburger Ordnung, verkürzte aber – Kleiderordnung – oder ergänzte – Hochzeitsordnung, Zutrinken – einige Artikel und ließ manche ganz weg: Gotteslästerung, Kleidung der Juden, Nachrichten. Eigene, aus den spezifischen regionalen Bedingungen entstandene Punkte wurden, wie es allenthalben für die Policeyordnungen typisch ist, hinzugefügt²⁰⁶. Die in diesem Kurfürstentum vergleichsweise spät, erst 1595 kodifizierte umfassende Policeyordnung bezieht sich auf die drei großen Reichsgesetze von 1530, 1548 und 1577²⁰⁷.

Von den Reichspolizeiordnungen hat die des Jahres 1548 am nachhaltigsten gewirkt²⁰⁸. Daneben sind aber auch einzelne Reichstagsabschiede bisweilen von Bedeutung geworden. In Württemberg, wo der Einfluß der Reichspolizeiordnungen vergleichsweise gering war (und sich nur auf Zutrinken, Fluchen und Gotteslästerung bezog)²⁰⁹, wurde gleichwohl der Reichsabschied des Jahres 1512 teilweise wörtlich in einem Mandat von 1515 übernommen²¹⁰.

²⁰² Hartz, Gesetzgebung (wie Anm. 193) 9 f.

²⁰³ Ebd. 85.

²⁰⁴ Rainer A. Müller, „Quaternionenlehre“ und Reichsstädte, in: ders. (Hrsg.), Reichsstädte in Franken. Aufsätze 1. Verfassung und Verwaltung (München 1987) 78–97; Ernst Schubert, Die Quaternionen. Entstehung, Sinngehalt und Folgen einer spätmittelalterlichen Deutung der Reichsverfassung, in: ZHF 20 (1993) 1–63.

²⁰⁵ Treffend: Lieberich, Anfänge (wie Anm. 12) 344.

²⁰⁶ Chmurzinski, Rechtsreformation (wie Anm. 50) 135.

²⁰⁷ Simon, Keller, Kurköln (wie Anm. 65) 449.

²⁰⁸ Vgl. Hartz, Gesetzgebung (wie Anm. 193) 41 f. (für Bayern) und passim.

²⁰⁹ Ebd. 124.

²¹⁰ Ebd. 123.

Der Einfluß des Reiches auf die territoriale Gesetzgebung, ein Einfluß, der spätestens nach 1663 seine Kraft verloren hatte, als der Reichstag sich nicht mehr zu verbindlichen Abschieden aufrufen konnte²¹¹, ist nur verständlich durch einen Strukturwandel des Fürstentums, der sich mit der allmählichen Durchsetzung des Wormser Reichslandfriedens von 1495 verbindet. Das Friedensgebot war deswegen wirksam geworden, weil die Fehdeführung immer kostspieliger wurde²¹². Angesichts dessen konnte die im Spätmittelalter so oft verspottete Reichsacht schwer ins Gewicht fallen. Der Strukturwandel des Fürstentums lag darin, daß in einem früher unbekannten Maße fiskalische Vorsorgen für die Fehdeführung getroffen werden mußten, oder daß in anderen Fällen ganz schlicht die Schulden eines Fürsten zum Frieden zwangen²¹³. Wirklich verständlich aber wird die Autorität der Reichsgesetzgebung nur, wenn die neue Bedeutung der Schrift innerhalb des fürstlichen Herrschaftsausbaus berücksichtigt wird. Vereinfacht: Der ferne König konnte durch Missiven in einem Fürstentum präsent sein, und eine Reichsmatrikel konnte jeder Obrigkeit die konkreten Verpflichtungen für das Reich vor Augen führen.

Wir konstatieren zunächst nur den Einfluß der Reichsgesetzgebung und konstatieren weiterhin, daß dieser Einfluß kaum etwas mit dem historiographischen Alleskleber „Macht“ zu tun haben kann. Die Berücksichtigung außerstaatlicher Faktoren zur Erklärung dieser Entwicklung scheint geradewegs auf die Reformation herauszulaufen. Wenn wir aber diesen bequemen Weg nicht gehen können, weil unsere Quellen keinen Brennstoff bereit stellen, um der Konfessionalisierungsdebatte neues Feuer zu geben, dann sind wir zu zwei scheinbaren Umwegen gezwungen. Nicht auf spektakuläre Aktionen, nicht auf signifikante institutionelle Veränderungen müssen wir eingehen, sondern auf die leisen, die deswegen so leicht zu übersehenden Wandlungen des Zeitgeistes, wie sie sich im zeitgenössischen Konsens des allgemeinen Sprachgebrauchs spiegeln. Wir versuchen zum ersten, den Strukturwandel fürstlicher Herrschaft als Teil jener Veränderungen zu erfassen, die sich in dem veränderten Sprachgebrauch der Zeitgenossen für „Deutschland“ als Verschiebungen der verfassungsgeschichtlichen Tektonik abzeichnen. Die Hintergründe versuchen wir dann mit einem weiteren Umweg zu vermessen, der auf die Wandlung jenes Begriffes eingeht, der gleichermaßen in „deutschen landen“ und in „Teutschland“ enthalten ist.

²¹¹ Bezeichnenderweise ist die Gesellenordnung von 1731 das einzige Gesetz, auf das sich der Reichstag noch einigen konnte, ein Gesetz, das in der spätmittelalterlichen Tradition der Gesinde- und Höchstlohnordnungen steht. Die neuerdings modisch gewordene Aufwertung der Reichsverfassung nach 1648 können wir nicht teilen. Das Vergnügen, unerforschte Akten auszuwerten, sollte nicht ungeprüft in das Vergnügen übergehen, die von den handfesten Ereignissen und vor allem: von fehlenden Ergebnissen der Reichstagssessionen ausgehenden älteren Forschungen zu widerlegen. – Zu den Bemühungen im ausgehenden 18. Jahrhundert um eine Reichskonstitution vgl. *Barbara Dölemeyer*, Kodifikationspläne in deutschen Territorien des 18. Jahrhunderts, in: *dies., Klippel*, (wie Anm. 12) 201–223, hier: 208 f.

²¹² Vgl. *Schubert*, Umformung (wie Anm. 42) 238 f.

²¹³ Ebd. 236 ff.

6. Territorialstaatliche Landesordnungen als Ausdruck der inneren Vereinheitlichung deutscher Lande

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts verändert sich die hergebrachte Bezeichnung „deutsche lande“. Verbindlich wird, erstaunlich abrupt mit der Tradition brechend, die Einzahl „Teutschland“²¹⁴. Die Annahme, daß dieser Wandel allein in der Konsequenz von Kaiser Maximilians Reichspropaganda begründet ist, nur einen Komplementärvorgang zur Entwicklung des Begriffs „Heiliges Römisches Reich deutscher Nation“ darstellt²¹⁵, kann nicht ganz überzeugen. So stark konnte die Wirkung der gewiß meisterlichen maximilianischen Propaganda auch wieder nicht sein. Vielmehr müssen ergänzend innere Entwicklungen im Reich hinzutreten, welche die auf Mentalitäten zurückweisende Rezeption der Einzahl „Teutschland“ gegenüber dem hergebrachten „deutsche lande“ begünstigten. Als zu beweisende These sei vorab formuliert: Dieser Wandel liegt in jenem Prozeß begründet, der Landes- und Polizeiordnungen hervorbringt. Nicht die entsprechenden Gesetzestexte haben die innere Vereinheitlichung der „deutschen lande“ des Mittelalters herbeigeführt, sondern jene Konstellationen, welche die neue Form des territorialen Gesetzes ermöglichten. Aber gänzlich wollen wir das Selbstbewußtsein der Juristen, wonach sie den modernen Staat geschaffen hätten²¹⁶, nicht erschüttern: Diese Landesordnungen haben eine solche innere Kohärenz – wie die Poeten wußten auch die Juristen um die Formen der Anregung, der Nachahmung, ja sogar des Abschreibens, – daß sie zu Normen gelangten, die in deutschen Landen bei aller territorialen Verschiedenheit eben doch tendenzielle Einheitlichkeit bedeuteten²¹⁷. Wie etwa die Geschichte des „Gemeinen Kastens“ lehrt, war über alle territorialen und auch konfessionellen Unterschiede hinweg eine allenthalben gültige Norm der Armenversorgung geschaffen worden. Daß überall auch die gleichen Widerstände gegen diese Gemeinen Kästen begegnen, widerspricht nicht dem inneren Angleichungsprozeß deutscher Lande, sondern bestätigt ihn: Der gleiche Prozeß begegnet in protestantischen wie in katholischen Territorien²¹⁸.

Die spätmittelalterlichen Landesordnungen seit 1446 hat Peter Moraw nach Verdichtungszonen des fortgeschrittenen Rechts im Reich aufgeschlüsselt²¹⁹. Ein

²¹⁴ Schubert, König (wie Anm. 4) 239 f. und 318 f.; ders. Herrschaft (wie Anm. 10) 1 f.

²¹⁵ Vgl. jetzt: Rainer A. Müller, Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation. Anspruch und Bedeutung des Reichstitels in der Frühen Neuzeit (Eichstätter Hochschulreden 75, Regensburg 1990).

²¹⁶ Vgl. Karl Siegfried Bader, Die deutschen Juristen (Tübingen 1947). Wesentlich zurückhaltender allerdings die einzelnen Beiträge in: Roman Schnur (Hrsg.), Die Rolle der Juristen bei der Entstehung des modernen Staates (Berlin 1986).

²¹⁷ Eindrückliche Beispiele bei Braasch, Landrechte (wie Anm. 103) 127 u.a.: Die Hennebergische Landesordnung von 1539 schöpft aus der reformierten Tiroler Landesordnung von 1526.

²¹⁸ Kreiker, Armut (wie Anm. 151) 43 ff.

²¹⁹ Moraw, Landesordnungen (wie Anm. 6) 189 ff.

solcher Ansatz wäre für das 16. Jahrhundert verfehlt. Der Entwicklungsausgleich, den Moraw ebenfalls in seine Untersuchung einbezog, hat im ganzen Reich seine Wirkung getan: Viele Themen der Landes- und Policeyordnungen in den einzelnen Territorien sind identisch; und identisch sind weitgehend auch die Lösungen. Das hatte seine spätmittelalterliche Vorgeschichte.

Das vielfältige Profil der spätmittelalterlichen Herrschaftswelt, vom Hochstift bis hin zur freiherrlichen Kleinherrschaft reichend, wurde im 16. Jahrhundert nicht entscheidend vereinfacht, obwohl das Aussterben so vieler Grafengeschlechter etwas mehr Übersichtlichkeit in die deutsche Herrschaftskarte gebracht hatte²²⁰. Innerhalb dieser Herrschaftswelt fanden seit dem Spätmittelalter ganz erhebliche Veränderungen statt, welche zwar noch nicht zu einer Gleichförmigkeit, aber doch zu einer bis dahin nicht bekannten Vergleichbarkeit wesentlicher Verfassungsinhalte führten. Wir benennen neben der bereits erwähnten Ämterverfassung die Durchsetzung der Bede mit damals noch überraschender Gleichförmigkeit und Gleichzeitigkeit um 1300²²¹, wir benennen die allenthalben begegnenden Bemühungen um eine allgemeine Landessteuer im 15. Jahrhundert²²² sowie die Intensivierung der Behördenstruktur innerhalb der deutschen Herrschaftswelt in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts²²³.

Von dieser Vergleichbarkeit her gesehen, erscheint die deutsche Herrschaftswelt keineswegs in der bunten Artenvielfalt, wie sie in den Geschichtsatlanten suggeriert wird²²⁴. Die hierin entworfenen Karten sind in Mißachtung aller Abhängigkeits-, Beziehungs- und Hegemonialverhältnisse anachronistisch nach territorialer Zugehörigkeit gestaltet. Deswegen sind sie natürlich nicht unnütz, sie dürfen nur nicht in ihrer angeblichen Aussage einer territorialen Zerrissenheit überschätzt werden. Entdeckt wurde im 16. Jahrhundert, was das Kartenbild übermalt, ein die Herrschaft in neuer Art legitimierender Begriff. „Obrigkeit“ ist ein bezeichnenderweise erst um 1500 sich durchsetzendes Synonym für Herrschaft²²⁵. Mit diesem Begriff (das Wort ist zuvor nicht ganz unbekannt²²⁶) werden nunmehr alle Aufgaben fürstlichen Regiments einschließlich der Rechtssetzungs-kompetenz²²⁷ zusammengefaßt. Und zur Obrigkeit gehört der „Untertan“²²⁸, ein

²²⁰ Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 12.

²²¹ Ebd. 45f.

²²² Schubert, Umformung (wie Anm. 42) 255–260.

²²³ Ebd. 232.

²²⁴ Diese Problematik ist natürlich längst erkannt. Friedrich Uhlhorn, Zwei Untersuchungen über das Wesen der Geschichtskarte, in: HessJbLdG 8 (1958) 106–149, hier: 133 ff. Unbeschadet dieser Einschränkungen ist als große wissenschaftliche Leistung die von Andreas Birken bearbeitete Karte zu werten: Deutschland zur Zeit Karls IV., in: Josef Engel, Großer historischer Weltatlas. Bd. 2: Mittelalter (München 1979) 66a.

²²⁵ Vgl. Kreiker, Armut (wie Anm. 151) 16f.; Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 86.

²²⁶ Otto Stolz, Die Urkunden über die Vergabung der landesfürstlichen Ämter in Tirol im 14. und 15. Jahrhundert, in: ArchivalZ 50/51 (1955) 371–390, hier: 379 zu Tiroler Dienst-reversen 1467.

²²⁷ Schlosser, Rechtsgewalt (wie Anm. 12) 40; Merz, Fürst (wie Anm. 2) 144f., 148, 150, 159. Vgl. Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 86. – In Bayern berief sich bereits in den 1440er Jah-

Begriff, der ebenfalls erst im 16. Jahrhundert an die Stelle des bis dahin gebräuchlichen „arme leute“²²⁹ tritt.

Obrigkeit – das war kein von den Juristen geschaffener Begriff. Sein herrschaftslegitimierendes Profil erhielt er bereits – Nachwehen der konziliaren Bewegung des 15. Jahrhunderts – vor der Reformationszeit, als sich Theologen und Laien darin einig waren, daß ein Fürst vor allem Gottes Gebote in seiner Herrschaft erfüllen müsse. Darunter wurden (keineswegs durch die lutherische Lehre initiiert) spätestens seit der Augsburger Polizeiordnung von 1530 nicht mehr frommes Tun allein, sondern ganz konkret Erfüllung von Aufgaben wie Unterbindung des Fürkaufs oder des Wuchers verstanden²³⁰. Alle Obrigkeiten sind (interkonfessionell) vor die gleiche Verantwortung gestellt; sie sind nicht mehr wie noch im 15. Jahrhundert an vage Leitregeln wie gerechtes und damit Gott wohlgefälliges Regiment gebunden, sondern werden an der Erfüllung ganz konkreter Pflichten gemessen: „Zu erhaltung gebürlichs rechten und gerichtts, friddes und eynigkeit“²³¹, zur Sicherung von „fridt, enicheit, guth ordnung und polickey“²³².

Zu einem Zeitpunkt, da das Kartenbild eine große Zerrissenheit Deutschlands vortäuscht, findet im Inneren der einzelnen Herrschaften im 16. Jahrhundert ein Vereinheitlichungsvorgang statt, der leise vonstatten geht, aber tiefer wirkt als der sogenannte Nationalisierungsschub der deutschen Humanisten²³³. Ein Beispiel: In fast allen Territorien werden bis in die Sanktionen einander gleichende Bettelverbote erlassen, überall wettern Mandate gegen das „herrenlose Gesindel“ und greifen durchwegs zu der gleichen Begründung, der Denunziation des „Müßiggangs“²³⁴. Längst bevor Schiller die Einheit Deutschlands in der gemeinsamen Verantwortung auf die Kultur beschwor²³⁵, war diese Einheit in den Ordnungs-

ren Herzog Albrecht auf die „obrigkeit als der landesfürsten“, um den Erlaß von Landgeboten zu legitimieren. *Lieberich*, Anfänge (wie Anm. 12) 323.

²²⁸ Vgl. *Schubert*, Herrschaft (wie Anm. 10) 85f.

²²⁹ *Jacob Grimm*, Deutsche Rechtsalterthümer 2 Bde. (Leipzig 41899) Bd. 1, 432f., 478ff.

²³⁰ *Heinrich Richard Schmidt*, Die Ethik der Laien in der Reformationszeit, in: *Bernd Moeller* (Hrsg.), Die frühe Reformation in Deutschland als Umbruch (SchrVRefG 199, Gütersloh 1998) 333–370, bes. 352ff.

²³¹ Kurkölnische Rechtsreformation 1538. Zit. nach *Chmurzinski*, Rechtsreformation (wie Anm. 50) 134.

²³² Ravensberg 1535. Zit. nach *Angermann*, Volksleben (wie Anm. 191) 106.

²³³ Vgl. zuletzt: *Winfried Schulze*, Interpretationen, Stufen und Alternativen politischen Gemeinschaftsbewußtseins in der Frühen Neuzeit. Österreichische Gesamtstaatsidee und ständische Versammlungen im sechzehnten Jahrhundert, in: *Marco Bellabarba*, *Reinhard Staußer* (Hrsg.), Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna (JbItalDtHistInst-Trient Beiträge 9, Berlin, Bologna 1999) 147–166, bes. 150f.; *Dieter Mertens*, Nation als Teilhabeverheißung: Reformation und Bauernkrieg, in: *Dieter Langewiesche*, *Georg Schmidt* (Hrsg.), Förderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg (München 2000) 115–134, hier: 125.

²³⁴ *Schubert*, Mobilität (wie Anm. 127) 148ff.

²³⁵ *Klaus Manger*, „Klassik“ als nationale Normierung? in: *Langewiesche*, *Schmidt*, Nation (wie Anm. 233) 265–292, bes. 275 und 289.

vorstellungen der Gesetzgebung gegeben. Ein Beispiel: Die sachsen-weimarischen Armenordnungen und Waisenhausregelungen unterschieden sich in nichts von denen anderer deutscher Territorien²³⁶.

7. Die frühneuzeitliche Territorialisierung des spätmittelalterlichen Landes

Nur unvollkommen ist der Wandel von der Mehrzahl „deutsche lande“ zur Einzahl „Teutschland“ durch einen innerherrschaftlichen Angleichungsprozeß erklärt. Ergänzend ist der bereits angekündigte weitere Umweg nötig, nämlich die frühneuzeitliche Territorialisierung des Begriffes „Land“ zu erhellen²³⁷. „Land“ ist zunächst ein unpolitischer Raumbegriff, der aber für die Rechtsgebräuche und das Rechtsverständnis im Spätmittelalter noch den Bezugsrahmen bildete²³⁸, weil er mit dem „landsgebrauch“²³⁹, mit der „landsit“²⁴⁰ eine zunächst noch nicht territorial bezogene Identifikation umschloß.

Der zentrale Begriff des Landes, wie er in der Bezeichnung „deutsche lande“ den Zeitgenossen als räumliche Orientierung erscheint²⁴¹, kann in keiner mittelalterlichen Geschichtskarte erfaßt werden; denn er bezeichnet – am eindrucklichsten in der Paarformel „Land und Leute“²⁴² – personal orientierte Lebensräume. Ein erfahrener Stadtschreiber erklärt 1515 über (Schwäbisch) Hall, er

²³⁶ *Stefan Wolter* „Bedenket das Armuth“. Das Armenwesen der Stadt Eisenach im ausgehenden 17. und im 18. Jahrhundert (Diss. masch. Göttingen 1999).

²³⁷ *Klaus Graf*, Das „Land“ Schwaben im späten Mittelalter, in: *Peter Moraw* (Hrsg.), Regionale Identität und soziale Gruppen im deutschen Mittelalter (ZHF Beiheft 14, Berlin 1992) 127–164. – Zum lange in der Forschung wirksamen Landesbegriff Otto Brunners vgl. ebd. 157 ff. und *Schubert*, Herrschaft (wie Anm. 10) 59 f., 96.

²³⁸ *Ernst Schubert*, Der rätselhafte Begriff „Land“ im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit, in: *Concilium medii aevi* 1 (1998) 15–28.

²³⁹ *DtRWb* 8, Sp. 348 f. und 402 f.

²⁴⁰ *Schubert*, Herrschaft (wie Anm. 10) 61.

²⁴¹ Vgl. nur das Wortverständnis vom „Ausländer“ noch bis in das 16. Jahrhundert hinein: *Ernst Schubert*, Der Fremde in den niedersächsischen Städten des Mittelalters, in: *NdsächsJb* 69 (1997) 1–44, hier: 7. – Die Territorialisierung des Landes zeigt sich auch darin, daß der „Ausländer“ nicht mehr derjenige ist, der außerhalb des Stammgebietes lebt. Für den um 1570 schreibenden Mindener Chronisten Heinrich Piel gebührt das Adjektiv „ausländisch“ allen, die nicht „unsere landsleute“, die nicht Untertanen des Hochstifts Minden sind. *Gerhard Diehl*, Exempla für eine sich wandelnde Welt. Studien zur norddeutschen Geschichtsschreibung im 15. und 16. Jahrhundert (VeröffInstHistLdforschUnivGöttingen 38, Bielefeld 2000) 147.

²⁴² *Graf*, Schwaben (wie Anm. 237) 130 ff. Vgl. auch *Helmuth Stahleder*, Zum Ständebegriff im Mittelalter, in: *ZBayerLdG* 35 (1972) 523–570, bes. 554–558; *Claudius Sieber-Lehmann*, Spätmittelalterlicher Nationalismus. Die Burgunderkriege am Oberrhein und in der Eidgenossenschaft (VeröffMPIG 116, Göttingen 1995) 166 f.

wisse, „daß diese Stadt am Kochen, ob sie aber in Franken oder Schwaben gelegen, wiss er nit“²⁴³.

Weil „Land“ nicht in Grenzen fixiert ist²⁴⁴, unterliegt es historischen Wandlungen, weist keineswegs auf ethnische Kontinuitäten zurück, so sehr diese auch im Zeitalter des Humanismus gesucht wurden. Westfalen, von Werner Rolevinck in seiner Stammeseigentümlichkeit beschworen²⁴⁵, hat sich erst im späten 11. Jahrhundert als eigene Raumbezeichnung von Sachsen abgespalten, als der Adel die spezifisch sächsische Opposition gegen das salische Königtum nicht mittragen wollte²⁴⁶.

Das Landesbewußtsein war sogar innerhalb des von ihm umschlossenen Stammesbewußtseins wandelbar²⁴⁷. Zürich, einst einer der Hauptorte des alemannischen Stammes, zählt sich seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert nicht mehr zu Schwaben; es beginnt jetzt die Zeit eines eigenständigen, die Bundesglieder einbindenden eidgenössischen Bewußtseins²⁴⁸. Und am Ende des 15. Jahrhunderts sind sich im alten Schwaben die „Kuschweizer“ und „Sauschwaben“, wie sie sich gegenseitig beschimpfen, spinnefeind geworden²⁴⁹.

Ein so auslegungsfähiger Begriff wie „Land“ mußte angesichts des tiefgreifenden Wandels der fürstlichen Herrschaft unter Veränderungsdruck geraten. Aber auch hier verweigern wir uns zunächst noch der vorschnellen Interpretation: Territorialisierung. Diese gehört erst – was wir noch darzulegen haben – dem 16. Jahrhundert an. Der folgende Fall mag die Grauzone der Übergänge erhellen. 1461 hielt Ludwig der Reiche von Bayern-Landshut dem Markgrafen Albrecht Achilles im Streit um die Ausdehnung des kaiserlichen Landgerichts Nürnberg zornig entgegen, der Herr von Ansbach und Bayreuth habe gar kein Land („das er kein land habe“); wenn er aber glaube, ein solches zu besitzen, so solle er doch dessen Namen nennen („ob er aber vermaine ain lande zu haben, so were billich das er benennet, wie das hieß“)²⁵⁰. Eine treffende Bemerkung. Dem Mittelalter galt die Aussage von Namen sehr viel. Man wußte, daß Namen wie Bayern, Franken, Sachsen und Schwaben viel tiefer in die Geschichte hineinreichten als meist von Burgen abgeleitete Herrschaftsnamen wie Württemberg oder Burggraftum

²⁴³ Gerd Wunder, *Die Bürger von Hall* (Sigmaringen 1980) 14. – Daß es auch ansonsten keine Grenzen zwischen Franken und Schwaben gab, belegt Merz, Fürst (wie Anm. 2) 32.

²⁴⁴ Vgl. Merz, Fürst (wie Anm. 2) 32 f.

²⁴⁵ Werner Rolevinck, *De laude antiquae Saxoniae nunc Westphaliae dictae*, hrsg. von Hermann Bücker (Münster 1953).

²⁴⁶ Schubert, *Geschichte* (wie Anm. 117) 266.

²⁴⁷ Vgl. Graf, *Schwaben* (wie Anm. 237) 131.

²⁴⁸ Karl Mommsen, *Eidgenossen, Kaiser und Reich: Studien zur Stellung der Eidgenossen innerhalb des heiligen römischen Reiches* (Basler Beitr. Wiss. 72, Basel 1958) 9 f.

²⁴⁹ Helmut Maurer, *Schweizer und Schwaben. Ihre Begegnung und ihr Auseinanderleben am Bodensee im Spätmittelalter* (Konstanzer Universitätsreden 136, Konstanz 1983). Vgl. Graf, *Schwaben* (wie Anm. 237) 135 f.

²⁵⁰ Ernst Schubert, *Albrecht Achilles, Markgraf und Kurfürst von Brandenburg (1414–1486)*, in: *Fränkische Lebensbilder* 4 (1971) 130–172, hier: 159. Vgl. zum politischen Hintergrund Ettelt-Schönewald, *Kanzlei* (wie Anm. 18) 1, 27 ff.

Nürnberg. Daß 1235 der Welfe Otto das Kind nur mit einem Herzogtum Braunschweig-Lüneburg belehnt wurde, hatte erhebliche Konsequenzen. Der Name trennte die Welfen von dem angestammten sächsischen Land. Die Bezeichnung Sachsen konnte elbaufwärts wandern²⁵¹.

Die Polemik Ludwigs des Reichen belegt, daß immer noch eine alte Auffassung vom „land“ lebte; es war eine Polemik gegen einen Nachbarn, der „land“ mit „Gebiet“ gleichsetzen wollte. Für den Sachsenspiegel hatte es einst nur vier deutsche Länder gegeben: „iewelk dudisch lant hevet sinen palenzgreven: Sassen, Beiern, Vranken unde Swaven“²⁵². Schon hundert Jahre später ist aber bereits zu erkennen, daß über die Paarformel „Land und Leute“ auch ein lokaler Gerichtsbezirk als „Land“ bezeichnet werden kann²⁵³. Und im ausgehenden 15. Jahrhundert kann selbst das Wallis und die Waadt „Land“ heißen²⁵⁴.

Bis auf wenige Ausnahmen ist „Land“ trotz seiner Übertragbarkeit auf Gerichtsbezirke eines noch nicht: Synonym für ein fürstliches Herrschaftsgebiet. Die Ausnahmen betreffen die innerhalb der deutschen Lande auf dem Weg zur Staatlichkeit am weitesten fortgeschrittenen Lande am Niederrhein. König Siegmunds Urkunde von 1422, die sich (was schon den Zeitgenossen als bemerkenswert auffiel) um eine Aufzählung aller Lande bemühte, nannte dabei auch Jülich und Geldern²⁵⁵. Die Erosion des alten Landesbegriffs zeigt sich weiterhin darin, daß 1403 vom „Land des Erzbischofs zu Salzburg“ gesprochen werden konnte²⁵⁶, daß der Bischof von Würzburg seit Ende des 15. Jahrhunderts seine Diözese (nicht sein Hochstift) als „Land“ bezeichnete²⁵⁷.

Von einer Territorialisierung des Landes kann gesprochen werden, wenn in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts „Schwaben“ und „Württemberg“ austauschbar werden können²⁵⁸. Aber noch im 16. Jahrhundert bezeugen Geschichtsschreiber, wie stark das alte Landesbewußtsein sein konnte²⁵⁹. Um 1570 ist für Heinrich Piel das „Sassenland“ ebenso ein Leitbegriff seiner Chronik²⁶⁰ wie ein halbes Jahr-

²⁵¹ Schubert, Land (wie Anm. 237) 21 f.

²⁵² Sachsenspiegel Landrecht. III. 53.1. Karl August Eckhardt (Hrsg.), Das Landrecht des Sachsenspiegels (Germanenrechte 14, Göttingen 1955) 125.

²⁵³ Schubert, Land (wie Anm. 237) 21. – In diesen Zusammenhang gehört, daß Frankfurter Schöffen und bauerliche Zentgrafen 1303 am Bornheimer Berg „daz lantrecht sprechen sollen“. Ebel, Geschichte (wie Anm. 114) 51. Aufschlußreich ist die Terminologie im Hochstift Basel. Die „placita“, die grundherrschaftlich gebundene Dinggerichte etwa der Propstei Münstertal können französisch „plaid“, pled général“ und auf deutsch „Landtag“, „Landgericht“ heißen. Bühler, Gewohnheitsrecht (wie Anm. 106) 157 f.

²⁵⁴ Sieber-Lehmann, Nationalismus (wie Anm. 242) 166.

²⁵⁵ Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 1.

²⁵⁶ Wilhelm Brauneder, Die Territorialstrukturen im süddeutsch – österreichischen Raum, in: Chittolini, Willoweit, Territorialstrukturen (wie Anm. 21) 31–52, hier: 40.

²⁵⁷ Merz, Fürst (wie Anm. 2) 142 f.

²⁵⁸ Graf, Schwaben (wie Anm. 237) 142. – Ein analoger Vorgang ist für „Franken“ nicht nachweisbar. Merz, Fürst (wie Anm. 2) 31 f.

²⁵⁹ Diehl, Exempla (wie Anm. 241) 208 ff.

²⁶⁰ Ebd. 148 ff.

hundert zuvor für Gallus Öhem, der zu „loub und eren dem Schwaben land“ schrieb²⁶¹.

Die Einzahl „Teutschland“ konnte nur entstehen, weil der im Plural „deutsche lande“ enthaltene Begriff des „Landes“ territorialisiert worden war. Mit der Entwicklung der Grenze²⁶² erst siegt das Territorium des 16. Jahrhunderts über den ungeschlossenen Raumbegriff des spätmittelalterlichen Landes. Dieser Prozeß konnte aus der Perspektive der Ämter bereits dargestellt werden²⁶³. Es handelte sich dabei gewissermaßen um die äußeren Bedingungen – erst über die Grenzen der Außenämter entstand die Flächendefinition des Territoriums –, denen aus der Perspektive der fürstlichen Gebotsgewalt die inneren Bedingungen zur Seite gestellt werden müssen. Erst letztere schaffen die Voraussetzungen für eine landesherrliche Gesetzgebung²⁶⁴. Als Beleg diene, um die Beziehung zu den Landesordnungen mit ihren Sanktionen nicht aus den Augen zu verlieren, das Beispiel der Landesverweisungen im Zuge der Gegenreformationen; diese zogen die Konsequenz aus dem im Augsburger Religionsfrieden sinngemäß formulierten und von der zeitgenössischen Rechtswissenschaft sprachlich komprimierten Prinzip: *cuius regio eius et religio*²⁶⁵. Was die Fürsten der Gegenreformation praktizierten, ist von der Sache her nur eine Weiterentwicklung der spätmittelalterlichen Landes- bzw. Stadtverweisung²⁶⁶. Das Neue zeigt sich aber darin, daß anstelle einer unstaatlich definierten Landesverweisung „über die vier Wälder“ nunmehr der Abzug aus einem in politischen Grenzen eingefassten Territorium verlangt wurde. Die „vier Wälder“ bezeichneten einen Erfahrungsraum, was durchaus auch im wörtlichen Sinne verstanden werden sollte, nämlich den innerhalb der mittelalterlichen Mobilität noch als „Heimat“ zu erfahrenden, zu erwandernden Raum. Dieser war nur durch Konsens, durch gemeinsame „Erfahrung“ der Menschen abgesteckt²⁶⁷. Die Abzugsforderung während der Gegenreformation aber bezog sich auf einen durch obrigkeitliche Setzung – wiederum im wörtlichen Sinne zu verstehen – „definierten“ Raum. Und damit korrespondiert, daß im Verlauf des 16. Jahrhundert der Begriff „Vaterland“ für ein begrenztes Territorium gebraucht werden kann²⁶⁸. Die territoriale Verengung des ungeschlossenen Begriffs „Land“ hatte auch mentalitätsgeschichtliche Folgen.

²⁶¹ Graf, Schwaben (wie Anm. 237) 153.

²⁶² Vgl. Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 5f.; ders., Umformung (wie Anm. 42) 209 ff.

²⁶³ Ebd. 209–211, 214.

²⁶⁴ Ebd. 223 f.

²⁶⁵ Ernst Schubert, Gegenreformationen in Franken, in: Ernst Walter Zeeden (Hrsg.), Gegenreformation (Wege der Forschung 311, Darmstadt 1973) 222–269, hier: 257 ff. Vgl. Andreas Blauert, Das Urfehdedwesen im deutschen Südwesten im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit (Frühneuzeit Forschungen 7, Tübingen 2000) bes. 145–152.

²⁶⁶ Renate Blickle, Das Land und das Elend. Die Vier-Wälder-Formel und die Verweisung aus dem Land Bayern, in: Wolfgang Schmale, Reinhard Stauber (Hrsg.), Menschen und Grenzen in der frühen Neuzeit (Berlin 1998) 131 ff.

²⁶⁷ Mittelalterliche Mobilität und „Erfahrung“: Ernst Schubert, Fahrendes Volk im Mittelalter (Bielefeld 1996) 29 ff.

²⁶⁸ Vgl. oben zu Anm. 279 f.

8. Landesordnung und Landesvater

Hinter dem Begriff Landesordnung, wie er im 16. Jahrhundert gebraucht wurde²⁶⁹, steht die Umformung, die Territorialisierung des mittelalterlichen Begriffs „land“. Jetzt kann ein Fürst behaupten, ein Gesetz diene „unsern landen und lüden zu wolfart, nutz ... und gedeihen“²⁷⁰. Die herkömmlichen Landrechte werden in die Gebietsherrschaft integriert²⁷¹. Das liegt auf der Hand: Das Gesetz, welchen Namen es auch immer trägt, „reformatio“ etwa oder „Landesordnung“, bezieht sich auf einen räumlichen Geltungsbereich; das aber widerspricht dem nie in klare Grenzen zu fassenden ungeschlossenen Land. Einen analogen Fall der Territorialisierung des Landesbegriffs sehen wir in der erst um 1600 aufkommenen Ehrung des Fürsten als Landesvater²⁷². Hinter dieser Ehrung der „Obrigkeit im Vaterstand“ (Paul Münch) verbirgt sich: Der Landesvater ist die Obrigkeit in einem Territorium. Eine solche Vorstellung liegt dem Spätmittelalter völlig fern.

Die spätmittelalterliche Geschichtsschreibung belehrt, wie weit der Weg zum Landesvater zwischen 1400 und 1600 war. Es gibt im Spätmittelalter zwar ein Landes-, aber kein „territorialstaatliches Bewußtsein“²⁷³. Selbst Peter von Dusbürg, der im Ordensland um 1325 eine Geschichtsdarstellung zur Rechtfertigung des Heidenkrieges verfaßt, beruft sich nicht auf den Staat des Hochmeisters, sondern auf das Land, nennt sein Werk: „Chronicon terre Prussie“²⁷⁴. Johannes Rothes, bis 1409 reichendes Chronicon Thuringicum ist als Chronik von Eisenach zu charakterisieren²⁷⁵, und die 1429 abgeschlossene „Düringische Chronik“ des Bruno von Teutleben und vor allem die 1421 fertiggestellte „Thüringische Weltchronik“ wiederum des Johannes Rothe zeigen: Das Land, und die dieses Land prägenden großen Adelsfamilien, die Grafen von Gleichen, von Henneberg, von Schwarzburg stehen neben den Wettinern im Mittelpunkt²⁷⁶.

Im Gegensatz zur spätmittelalterlichen Geschichtsschreibung sehen wir, daß diejenige, die um die Mitte des 16. Jahrhunderts entsteht, das Territorium durchaus als ihren Gegenstand ansehen kann²⁷⁷; am bemerkenswertesten wohl die

²⁶⁹ DtRWb 8, Sp. 530 ff.

²⁷⁰ Kurkölnische Rechtsreformation 1538. Zit. nach *Chmurzinski*, Rechtsreformation (wie Anm. 50) 134. Zur Berufung auf „Lanndt und Leut“ in österreichischen Landesordnungen vgl. *Brauneder*, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 111.

²⁷¹ *Stolz*, Land (wie Anm. 81) 23.

²⁷² *Paul Münch*, Die „Obrigkeit im Vaterstand“. Zur Definition und Kritik des Landesvaters während der Frühen Neuzeit, in: *Elger Blühm* (Hrsg.), Hof, Staat und Gesellschaft in der Literatur des 17. Jahrhunderts (Daphnis 11, Amsterdam 1982) 15–40. Vgl. DtRWb 8, Sp. 667.

²⁷³ Das unterstellt zum Beispiel *Mommsen*, Eidgenossen (wie Anm. 248) bes. 11.

²⁷⁴ *Hans Patze*, Mäzene der Landesgeschichtsschreibung im späten Mittelalter, in: *ders.* (Hrsg.), Geschichtsschreibung und Geschichtsbewußtsein im späten Mittelalter (VortrForsch 31, Sigmaringen 1987) 331–370, hier: 352–356.

²⁷⁵ Ebd. 365.

²⁷⁶ *Volker Honemann*, Johannes Rothe und seine „Thüringische Weltchronik“, in: *Patze*, Geschichtsschreibung (wie Anm. 274) 497–522.

²⁷⁷ Vgl. dazu *Diehl*, Exempla (wie Anm. 241) 273 ff.

Würzburger Bischofschronik des Archivars Lorenz Fries, die – anders als der Titel vorgibt – genaugenommen eine Geschichte des Hochstifts ist²⁷⁸. Im gleichen Verständnis sprechen auch die Würzburger Stände seit etwa 1550 von dem Würzburger Stift als ihrem „vaterland“²⁷⁹. Wie Lorenz Fries empfinden auch der in den 1560er Jahren schreibende Chronist Johann Oldecop das Hochstift Hildesheim oder der etwas jüngere Heinrich Piel das Hochstift Minden als ihr „vaterland“²⁸⁰.

Die Veränderung des Begriffshorizontes der Chronisten deutet an, wie weit der Weg vom „natürlichen Herrn“ des Spätmittelalters zum frühneuzeitlichen „Landesvater“ war. Der Landesvater des ausgehenden 16. Jahrhunderts setzt erstens die frühneuzeitliche Territorialisierung des mittelalterlichen Verständnisses von Land voraus und zweitens eine auf den Fürsten konzentrierte Gewalt der väterlichen Autorität. Beides war ohne die Entwicklung vom Gebot zum Gesetz für das Territorium nicht zu denken. Durch sie erst wird der Weg zum Flächenstaat eingeleitet²⁸¹. Oder anders formuliert: Zum Landesvater gehört die Landesordnung.

Die aufschlußreiche Begriffsentwicklung „Landesvater“ hat die Forschung lange nicht beachtet, wahrscheinlich weil sie hier nur eine Variante des spätmittelalterlichen „Landesherrn“ sah. Nur hat es diesen Landesherren im Spätmittelalter gar nicht gegeben; er ist eine von den Quellen kaum gedeckte Weiterführung des lange wirksamen verfassungsgeschichtlichen Konstrukts der Landesherrschaft²⁸². Die Benennung eines Fürsten erfolgte zumeist nach seinem Titel „Herzog“, „Landgraf“ oder schlicht „Fürst“. Es fiel auf – wir zitieren die Ausnahme von der Regel –, wenn Herzog Friedrich IV. als Tiroler Landesherr erstmals den Titel „lanndsfürst“ führte – eine Titulatur, die gegen seinen aufsässigen Adel gerichtet war²⁸³. Oswald von Wolkenstein singt: „Mein lanndesfürst, der ist mir gram.“²⁸⁴

²⁷⁸ Lorenz Fries, *Chronik der Bischöfe von Würzburg 742–1495*, hrsg. von Ulrich Wagner und Walter Ziegler, Bde. 1–3 und 6 (Würzburg 1992–1999).

²⁷⁹ Ernst Schubert, *Die Landstände des Hochstifts Würzburg* (VeröffGesFränkG IX/23, Neustadt a. d. Aisch 1967) 123.

²⁸⁰ Diehl, *Exempla* (wie Anm. 241) 208 bzw. 147.

²⁸¹ Selten nur wird die Frage des Geltungsbereichs von Landesordnungen in Grenzgebieten überhaupt erwogen. Eine Ausnahme bildet die bayerische Landesordnung von 1533: „new Ordnung unnd Lanndpot Imm Fürstenthumb Oberrn und Niderrn Bairn mit etlichen anstössern zum taill verglichen.“ Leutenbauer, *Delikt* (wie Anm. 59), 59.

²⁸² Zu dieser Begriffsbildung, die in manchen Forschungen durch einen angeblichen Gegensatz zur ebenso konstruierten „Landeshoheit“ vollends im Definitionsnebel verschwand, vgl. Schubert, *Herrschaft* (wie Anm. 10) 55f. Eine andere Sicht verfolgt: Erwin Riedenaier (Hrsg.), *Landeshoheit. Beiträge zur Entstehung, Ausformung und Typologie eines Verfassungselements des römisch-deutschen Reiches* (StudBayerVerfSozG 16, München 1994). Vgl. dazu Merz, *Fürst* (wie Anm. 2) 16ff. Das DrWB 8, Sp. 462f. kennt für „Landesherrschaft“ nur wenige Belege, die aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammen und notiert (Sp. 465) für „Landeshoheit“ neben Belegen aus dem 18. Jahrhundert nur einen für das 17. Jahrhundert.

²⁸³ Anton Schwob, *Landherr und Landesherr im spätmittelalterlichen Tirol*. Oswalds von Wolkenstein Ständepolitik, in: Hans-Dieter Mück, Ulrich Müller (Hrsg.), *Gesammelte Vorträge der 600-Jahrfeier Oswalds von Wolkenstein*. (Seis am Schlern 1977) (Göppinger-ArbGermanistik 206, Göppingen 1978) 3–38, hier: 5.

²⁸⁴ Ebd.

Daß der Herzog seinem Titel eine durchaus rechtliche Qualität geben wollte, zeigt die Urfehdeurkunde, zu der sich 1427 der Wolkensteiner gegenüber seinem „rechten natürlichen Herren und Landesfürsten“ verstehen mußte²⁸⁵. Erst im Verlauf des 15. Jahrhunderts werden die Belege für „landfürst“ etwas häufiger²⁸⁶.

Vom „rechten natürlichen Herren“ hatte der Urfehdebrief Oswalds gesprochen. Das war die damals übliche Wendung²⁸⁷, wobei „rechter herr“ die häufigste Bezeichnung blieb²⁸⁸, die bisweilen durch „natürlicher herr“ variiert wurde. Gemeint war damit in beiden Fällen: der legitime Erbe der Herrschaft²⁸⁹. In Tirol lehnen 1443 auf dem Landtag zu Meran die Stände die Vormundschaft Friedrichs III. über seinen Neffen Siegmund ab und wollen den jungen Fürsten zum Herrscher: „der sey ir rechter herr“, und wolle er auf sein Land verzichten, „so mag er das geben dem kunig, den Sweiczern oder dem teuffel oder seiner muter“²⁹⁰.

Der Begriff des „natürlichen Herrn“ hatte für den Menschen je nach seinem Stand ganz verschiedene Inhalte; der Fürst konnte etwa dem Bürger als Stadtherr, dem Bauern als Leihherr, dem Adeligen als Lehnsherr begegnen. In solcher Vielfalt erscheinen die Abhängigkeitsformen – selbst die Stellung des Fürsten als Stadtherr ist von Landstadt zu Landstadt verschieden –, daß der Begriff Untertan für das späte Mittelalter erkenntnishindernd ist²⁹¹. Die Huldigung gegenüber einem neuen Landesherrn begründet kein Untertänigkeitsverhältnis, sondern eine Versicherung der Treuepflichten nach Maßgabe der bestehenden Rechtsverhältnisse²⁹². Wenn aber die frühneuzeitliche Obrigkeit, nicht mehr im Verständnis des „natürlichen Herrn“ handelnd, mit ihren Gesetzen auf den Untertanen zielte, dann mußte sie eine Vorstellung von der allgemeinen Gültigkeit eines Gesetzes

²⁸⁵ Ebd. 18.

²⁸⁶ DtRWb 8, Sp. 392.

²⁸⁷ Vgl. DtRWb 8, Sp. 392.

²⁸⁸ Richard Laufner, Die Ausbildung des Territorialstaates der Kurfürsten von Trier, in: Hans Patze (Hrsg.), Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert, 2 Bde. (VortrForsch 13 und 14, Sigmaringen 1970) Bd. 2, 127–147, hier: 128.

²⁸⁹ Ob sich in der Reichskirche andere Bezeichnungen ausbildeten, ist bisher noch nicht untersucht worden. Laufner, Ausbildung (wie Anm. 288) 127 macht auf die Wendung „eyn herre und voyt“ von Trier aufmerksam.

²⁹⁰ Druck: Wilhelm Baum, Die Anfänge der Tiroler Adelsopposition gegen König Friedrich III., in: Der Schlern 59 (1985) 579f., hier: 600.

²⁹¹ Wie etwa beim Gebrauch des Wortes „territorium“ kann auch in diesem Fall die Quellsprache täuschen. Wenn in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts bayerische Herzöge (wie auch bereits Pfalzgraf Ludwig III. [vgl. Anm. 2]) von „unser untetan und getruwen“ sprechen (Ettelt-Schönwald, Kanzlei [wie Anm. 18] 1, 61), dann meinen sie nicht den Komplementärbegriff zur im 16. Jahrhundert begründeten Obrigkeit, sondern die Lehnübersetzung des „subditus“ der lateinischen Rechtssprache, wie die Gleichsetzung von Untertan und Getreuer belegt, die Gleichsetzung mit einer zentralen Wertvorstellung des Lehnswesens. Vgl. zur Begriffsgeschichte von „Untertan“ vorläufig Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 84–87. Den „treuen Untertan“ gibt es übrigens erst seit dem 19. Jahrhundert.

²⁹² André Holenstein, Die Huldigung der Untertanen: Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800–1800) (QForschAgrarG 36, Stuttgart 1991).

haben²⁹³. Und diese Vorstellung konnte nicht aus der Tradition der Herrschaft selbst stammen. Aber jedermann stand im ausgehenden Mittelalter die Regelung urbaner Lebenswelten vor Augen, die Wirkung der städtischen Statuten, die für alle Bürger galten²⁹⁴. Deshalb suchen wir das Vorbild der Verallgemeinerung des Rechts in den Städten²⁹⁵. Das Fürstentum lernte, eine alte, aber oft vergessene Erkenntnis, in der frühen Neuzeit von der Stadt die Technik der Gesetzgebung²⁹⁶. Ein Beispiel: Die Jülicher Landesordnung von 1518 ist eine Kompilation aus den städtischen Statuten von Köln und Aachen²⁹⁷. Aber nicht nur Gesetzestechnik und Inhalte wurden übernommen: Das Prinzip des gemeinen Nutzens kannte zwar schon das spätmittelalterliche Fürstentum²⁹⁸, aber erst im 16. Jahrhundert rückt dieser Leitbegriff städtischer Statuten²⁹⁹ in den Mittelpunkt der landesherrlichen Gesetzgebung³⁰⁰. Im 17. Jahrhundert kann er dann, was zuvor durchaus angelegt, aber nicht dergestalt formuliert worden war, als Schutz der „tumpen Untertanen“ verstanden werden³⁰¹.

Wie jedes Lernen bedurfte auch das des Fürstentums nicht nur der Aufnahmebereitschaft, sondern auch der Aufnahmefähigkeit. Wie konnte das Prinzip der Verallgemeinerung des Rechts aus der Enge, und damit der dichteren Kommunikation der Stadt in die Weiten des Fürstentums übertragen werden?

²⁹³ Jürgen Schlumbohm, Gesetze, die nicht durchgesetzt werden – ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates?, in: GuG 23 (1997) 647–663. Bedenkenswerte Thesen zur Wirkung frühneuzeitlicher Gesetze: André Holenstein, Die Umstände der Normen – die Normen der Umstände. Policeyordnungen im kommunikativen Handeln von Verwaltung und lokaler Gesellschaft im Ancien Régime, in: Härter, Policey (wie Anm. 9) 1–46, hier: 39 ff. – Instruktive Fallbeispiele: Michael Frank, Exzeß oder Lustbarkeit? Die policeyliche Reglementierung und Kontrolle von Festen in norddeutschen Territorien, in: ebd. 149–178, hier: 164 ff.

²⁹⁴ Vgl. Wolf, Gesetzgebung (wie Anm. 15) bes. 610 ff.

²⁹⁵ Wilhelm Janssen, Städtische Statuten und landesherrliche Gesetze im Erzstift Köln und im Herzogtum Kleve (1350–1550), in: Giorgio Chittolini, Dietmar Willoweit (Hrsg.), Statuten, Städte und Territorien zwischen Mittelalter und Neuzeit in Italien und Deutschland (Berlin 1992) 271–294. Vgl. Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 76 f.

²⁹⁶ Das erkannte bereits Willi Varges, Die Wohlfahrtspflege in den deutschen Städten des Mittelalters, in: PreußJbb 81 (1895) 250–318, hier: 250 f.

²⁹⁷ Ebd. 251.

²⁹⁸ Schubert, Herrschaft (wie Anm. 10) 83.

²⁹⁹ Rainer Driever, Obrigkeitliche Normierung sozialer Wirklichkeit. Die städtischen Statuten des 14. und 15. Jahrhunderts in Südniedersachsen und Nordhessen (Göttinger-ForschLdG 2, Bielefeld 2000) 31 ff.

³⁰⁰ Schlosser, Rechtsgewalt (wie Anm. 12) 26 und 45 ff.; von Friedeburg, Nutz (wie Anm. 145) bes. 32 ff. und 43 ff.: Mit dem Leitbegriff des Gemeinen Nutzens kann die Gesetzgebung als Disziplinierung begründet werden; denn das „widerspenstige geschlecht der welt ... will alle zeit im zaum gehalten sein und in forcht des straff erzogen“ werden. Ebd. 43.

³⁰¹ Karin Plodeck, Zur sozialgeschichtlichen Bedeutung der absolutistischen Polizei- und Landesordnungen, in: ZbayerLdG 39 (1976) 79–126, hier: 99.

9. Deutsche Sprache, Papier und Buchdruck: Die kulturellen Voraussetzungen der Landesordnungen

Trivial sind folgende Feststellungen: Die Landesordnungen sind auf deutsch abgefaßt, und sie werden durch den Druck verbreitet. Was aber bis zur Trivialität selbstverständlich erscheint, bedurfte doch historischer Entwicklungen, die im Spätmittelalter angelegt waren; dabei geht es konkret um den Aneignungsprozeß kultureller Gegebenheiten durch die fürstliche Herrschaftspraxis. Deren spätmittelalterliche Verschriftlichung³⁰² hatte unvermeidlich bewirkt, daß die deutsche Sprache das Lateinische als „Amtssprache“ zu ersetzen begann³⁰³. Im Verlauf des 14. Jahrhunderts wird das Deutsche das Latein in den fürstlichen Kanzleien fast völlig verdrängen.

Deutsche Sprache: Wir können hier nur beiläufig darauf hinweisen, daß das Deutsch des frühneuzeitlichen Mandatenstils einer eigenen literaturgeschichtlichen Untersuchung wert wäre. Dieses Deutsch ist syntaktisch durchsichtiger, ist sprachlich klarer geworden als die spätmittelalterliche Kanzleisprache³⁰⁴. Es genüge an dieser Stelle eine Alltagserfahrung akademischer Lehre: Die Vorlage eines spätmittelalterlichen deutschen Textes, zum Beispiel der ältesten Übersetzung der Goldenen Bulle³⁰⁵, reicht, um die Studenten reumütig nach lateinischen Quellen verlangen zu lassen. Mit der Vorlage von Landesordnungen würde sich ein solcher didaktischer Effekt nicht einstellen. Das liegt nicht zuletzt daran, daß selbst die Kanzleien kleinerer Reichsstände im Verlauf der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts statt der vertrauten Dialekte die frühneuhochdeutsche Sprache gebrauchten³⁰⁶. Das Solmscher Landrecht verdankt seine weite Verbreitung auch der

³⁰² Eindrücklich: *Reinhard Wenskus*, Das Ordensland Preußen als Territorialstaat des 14. Jahrhunderts, in: *Patze*, Territorialstaat (wie Anm. 288) Bd. 1, 347–382, hier: 370–373.

³⁰³ Die verschiedenen Erklärungsvorschläge für diesen Vorgang referiert *Hans-Günther Langer*, Urkundensprache und Urkundenformeln in Kurtrier um die Mitte des 14. Jahrhunderts. Teil 1, in: *Archiv für Diplomatik* 16 (1970) 350–505, hier: 365.

³⁰⁴ Auch das verdient angemerkt zu werden. Die Edikt- und Mandatensprache des späten 17. und frühen 18. Jahrhunderts ist an Umständlichkeit und Unbeholfenheit nicht zu übertreffen. Die Umständlichkeit ist nicht nur dem à la Mode Prinzip des Zeitstils geschuldet, sondern auch dem Umstand, daß die Geheimen Räte es zu Vielen Recht machen mußten: Ihre intellektuelle und professionelle Befähigung mit dem Gebrauch der wissenschaftlichen Terminologie hatten sie unter Beweis zu stellen, die innere Problematik des „usus modernus“ auf die Gegenstände, die erst später sinnvoll getrennt wurden, anzuwenden und – deshalb die Häufung von ineinander verschachtelten Nebensätzen (wie dem vorliegenden) – allen Eventualitäten von Einwänden Rechnung zu tragen.

³⁰⁵ *Wilhelm Altmann*, Die alte Frankfurter Übersetzung der Goldenen Bulle Kaiser Karls IV., in: *ZRG germ* 18 (1897) 107ff.

³⁰⁶ Vgl. das Beispiel der oldenburgischen Kanzlei: *Kurt Rastede*, Das Eindringen der hochdeutschen Schriftsprache in Oldenburg, in: *OldenburgJb* 38 (1934) 1–107, hier: 26ff. – Der Gebrauch der Hochsprache in den Gesetzestexten brachte Probleme mit sich. Die auf hochdeutsch abgefaßte lippische Polizeiordnung von 1549 faßte deswegen einen Auszug für die Landbevölkerung (vor allem die Kleiderordnung betreffend) mit Angleichung an das Niederdeutsche ab. *Angermann*, Volksleben (wie Anm. 191) 108.

schlichten Terminologie und Syntax, was den Bedürfnissen nach praktischer Handhabung bei den Schöffen im Lande entgegenkam³⁰⁷.

Die Verallgemeinerung des Rechts ist nicht nur an die Sprache, sondern auch an die Technik der Promulgation gebunden. Bevor wir das naheliegende Stichwort „Buchdruck“ aufnehmen, sei auf einen voraussetzenden Sachverhalt verwiesen. Seit sich mit dem ausgehenden 14. Jahrhundert das Papier gegenüber dem teuren Pergament in den fürstlichen Kanzleien durchsetzt³⁰⁸, wächst das Geschäftsschriftgut sprunghaft an, die Urkunde tritt an Bedeutung immer mehr zurück. In Bayern sind vor 1375 nur 16 auf Papier geschriebene herzogliche Briefe überliefert, aber im 15. Jahrhundert wird der neue Beschreibstoff bei weitem häufiger als das traditionelle Pergament verwendet³⁰⁹.

Das Papier verändert den Herrschaftsstil³¹⁰. Mit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts wird es möglich, von Heidelberg aus die Oberpfalz durch schriftliche Weisungen an den Vitztum in Amberg zu regieren³¹¹. Das setzt erstens die Entwicklung eines bereits in Geschäftsabläufe integrierten Botenwesens und zweitens den Gebrauch handlicheren Beschreibstoffs, als es das Pergament darstellte, voraus.

Wie weit der Weg zum Gesetzgebungsstaat selbst im späten Mittelalter noch ist, zeigt sich bereits in Äußerlichkeiten, in der Promulgation von Geboten. Viel mehr als das „Kerckengerücht“, die kirchliche Verkündigung, fiel selbst Kirchenfürsten nicht ein, obwohl sie in Gestalt von Synodalstatuten ja schon längst die Prinzipien legislatorischer Herrschaftsgestaltung kannten³¹². Dankbar bediente man sich seit dem Ende des 15. Jahrhunderts des Buchdrucks, ohne den der Gesetzgebungsstaat der frühen Neuzeit nicht denkbar ist.

Die erste gedruckte Landesordnung ist die sächsische von 1482³¹³. In jener Zeit war das neue Publikationsmittel offenbar als nutzbringend für Gesetzeswerke entdeckt worden. Das oberbaierische Landrecht von 1346 wurde 1484 gedruckt³¹⁴. Vier Jahre später wurde auch erstmals ein bayerisches Landgebot auf diese Weise publiziert³¹⁵. Die neue Publikationsform richtete sich aber bei Mandaten und Gesetzen nicht an eine fiktive Allgemeinheit, sondern diente zunächst ganz schlicht der Entlastung der Schreibstube, die bei der Versendung an die Amtleute nicht alle Texte kopieren mußte. Die im Jahre 1500 gedruckte hessische Lan-

³⁰⁷ Braasch, Landrechte (wie Anm. 103) 127.

³⁰⁸ Schubert, Umformung (wie Anm. 42) 229.

³⁰⁹ Ettelt-Schönewald, Kanzlei (wie Anm. 18) 1, 45. Vgl. ebd. 47.

³¹⁰ Schubert, Umformung (wie Anm. 42) 228 f.

³¹¹ Von Brandenstein, Urkundenwesen (wie Anm. 3) 420 f.

³¹² Janssen, Gesetzgebung (wie Anm. 12) 24 f., 32 f. Vgl. Lieberich, Anfänge (wie Anm. 12) 314 ff. und (als Einzelbeispiel) 319: Das bayerische Landgebot von 1501 sollte vierteljährlich in den Schranngerichten und Pfarrkirchen verlesen werden. Als unrealistisch war inzwischen der Befehl von 1458 erkannt worden, jeden Sonntag „öffentlich“ das „landbot“ zu verlesen. DtRWb 8, Sp. 346.

³¹³ Moraw, Landesordnungen (wie Anm. 6) 193.

³¹⁴ Wolf, Gesetzgebung (wie Anm. 15) 601.

³¹⁵ Lieberich, Anfänge (wie Anm. 12) 230.

desordnung wurde in handschriftlich korrigierter Form versandt³¹⁶. Und in Bayern blieb trotz des Vorbildes von 1488 das Landgebot von 1501 ungedruckt³¹⁷. Zu Recht stellt Heinz Lieberich für diese Zeit fest: „Drucklegung und Anschlag konnten ... nicht einfach die Verlesung der Landgebote ersetzen.“³¹⁸ Selbst für Bayern, des damals für die Entwicklung der Gesetzgebung produktivsten Landes, gilt trotz des frühen Gebrauchs des Buchdrucks: „Erst eigentlich mit der Landesordnung von 1516, der Landesrechtsreformation von 1518 und der Gerichtsordnung von 1520 beginnt für Baiern die Epoche einer buchmäßigen Gesetzgebung“³¹⁹, wird der Druck zum „Garant der Dauerwirkung“ eines Gesetzes³²⁰.

Nach Heinz Lieberich bildet „ein Kernproblem mittelalterlicher Rechtssetzung ... die Sicherung der Dauerwirkung“³²¹. Dieses Kernproblem wurde zwar nicht durch den Beschreibstoff Papier und die mit der Vervielfältigung gegebenen neuen Publikationsmöglichkeit des Druckes gelöst, aber es wurde der Lösung näher gebracht. Und dieses Näherbringen umschließt einen leisen, jedoch tiefgreifenden Strukturwandel: Es ist nicht mehr allein der Eid des „Dieners“, auf den sich der Fürst bei Durchsetzung seiner Gebote stützen und nicht nur der Huldentzug, mit dem er drohen kann³²²; die angesichts einer Vielzahl von Bestimmungen auslegungsfähige Treue als Grundlage des Eides wird durch den vervielfältigten Text konkret überprüfbar. Oder anders formuliert: Das in neuer Form publizierte Gebot kann wesentliche Elemente des Gesetzes, nämlich die Kontrolle seiner Wirksamkeit, erfüllen.

Der Druck von Mandaten und Ordnungen überbrückte zwar nicht die Kluft zwischen Norm und Wirklichkeit³²³, aber er schuf doch wesentlich bessere Voraussetzungen für die Verbreitung und Bekanntheit von Gesetzen. Die öffentliche Publikation der Landesordnungen kann auf neue, wirkungsvollere Weise erfolgen³²⁴. Das bayerische Landgebot um 1500 sollte durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht werden³²⁵. Im Herzogtum Preußen sah man 1526 vor, jeder Stadt und jedem Amt ein Exemplar der Ordnung mit der Maßgabe zuzusenden, sie einmal im Monat zu verlesen³²⁶. Als dann 1529 das Gesetz endlich veröffentli-

³¹⁶ Moraw, Landesordnungen (wie Anm. 6) 194.

³¹⁷ Lieberich, Anfänge (wie Anm. 12) 320.

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ Ebd. 330.

³²⁰ Ebd. 321.

³²¹ Ebd. 331.

³²² Indirekt referieren wir hier das oberbayerische Landrecht Kaiser Ludwigs, dessen Durchsetzung der Herrscher gebietet „pey unsern hulden allen unsern richtern und amptläuten in unserm land zu Bayrn ... daz sie dieselben recht also behalten pey irem ayde“.

³²³ Einen instruktiven Fall stellen die Holz- und Forstordnungen dar, die schon aus Mangel an qualifiziertem Personal nur unvollkommen realisiert werden konnten. Von Below, Eigentum (wie Anm. 118) 51.

³²⁴ Brauneder, Policeygesetzgebung (wie Anm. 79) 311; ders., Gesetzgebung (wie Anm. 12) 110; Weber, Disziplinierungsbestrebungen (wie Anm. 148) 351 f.

³²⁵ Leutenbauer, Delikt (wie Anm. 59) 45.

³²⁶ Berg, Landesordnungen (wie Anm. 29) 40.

chungsreif war, bestellte der Bischof von Ermland gleich 100 Drucke für sein Bistum³²⁷.

Von der Ämterverfassung bis hin zum Buchdruck haben unsere Erwägungen über den Zusammenhang von fürstlicher Herrschaft und Gesetzgebung geführt. Der Fürstenstaat des 16. Jahrhunderts baute auf den institutionellen Grundlagen und der Entwicklung des Ständewesens auf, die bereits das ausgehende Mittelalter geschaffen hatte. Auch die gewissermaßen kulturellen Voraussetzungen des Gesetzgebungsstaates, Papier und Buchdruck und nicht zuletzt die Entwicklung einer deutschen Mandatensprache sind im ausgehenden Mittelalter entwickelt worden. Ein neuer Faktor kam dann in der frühen Neuzeit hinzu: Die Anforderungen des Reichs als einer Leistungsgemeinschaft der Reichsstände. Welche mentalitätsgeschichtlichen Folgen die Umformung der fürstlichen Herrschaft hatte, war an den Begriffsentwicklungen von Land mit all seinen Folgerungen – Deutschland und Vaterland – zu erkennen. Vom Gebot zur Landesordnung: Das umschloß nicht nur juristische, sondern auch verfassungsgeschichtliche und kulturelle Entwicklungen.

³²⁷ Ebd. 76f.